

PLUTUS

Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft u. Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim
Buchhandel, bei der Post und

Berlin, den 19. Februar 1910.

direkt beim Verlage
für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Veto.

Von Bruno Buchwald-Berlin.

Bibliothek
der
Königsberger Handelshochschule.

Ganz in der Stille, von der breiten Öffentlichkeit kaum beachtet, scheinen die verbündeten Regierungen des Deutschen Reiches einen Beschluß gefaßt zu haben, der geeignet ist, eine lange umstrittene Frage zum Gegenstande neuer Betrachtungen zu machen. Berliner Großbanken wollten, so verlautet, eine Anleihe des bulgarischen Staates übernehmen und die Zulassung zum Handel an der hiesigen Börse beantragen. Doch die Regierung hat, so wird versichert, die Emission zu inhibieren gewußt. Der Wunsch genügte. Die Uebernahme der Anleihe unterblieb, freilich nur für den Berliner Platz und durch die Banken. Denn die Hamburger Privatbankfirma Schröder Gebrüder & Co. hat sie öffentlich zur Zeichnung aufgelegt und wird die Genehmigung zur Notierung an der Hamburger Börse fordern. Ob der Antrag wirklich gestellt wird, ob er Annahme findet, das ist für die prinzipielle Beurteilung des Falles nicht wichtig. Um so bedeutungsvoller ist dagegen die Tatsache, daß die Regierung überhaupt einen solchen Wunsch geäußert hat, wichtiger noch sind die Gründe, die für die Weigerung angeführt werden. Bei dieser Gelegenheit ward nämlich, wie ein hiesiges Blatt berichtete, der Grundsatz aufgestellt, die Regierung werde in Zukunft die Zulassung von Auslandsanleihen nur in zwei Fällen genehmigen: erstens nur, wenn eine dingliche Sicherheit für die Emission bestellt ist, und zweitens, wenn gleichzeitig der deutschen Industrie Aufträge zugesichert sind.

In dieser Form kann die Nachricht nicht ganz stimmen. Denn die Regierung besitzt kein Mittel, um die Uebernahme einer Anleihe durch eine deutsche Bankengruppe oder ihre Zulassung zum Börsenhandel zu verhindern. Sie kann, wie es tatsächlich auch geschehen ist, nur einen Wunsch äußern. Für die Banken wird dieser Wunsch Befehl sein, denn sie wissen (oder sie nehmen es wenigstens an), daß die Regierung ihnen im Falle der Weigerung bei anderen Gelegenheiten allerhand Schwierigkeiten bereiten kann. Ebenso wenig wie es für die Staatshoheit ein Recht gibt, die Uebernahme einer Anleihe zu verhindern, ebensowenig vermag sie formell die Zulassungsstelle einer Börse zu beeinflussen. Die hat nach dem Gesetz zu prüfen, ob die Emission erhebliche allgemeine Interessen schädigt oder offenbar zu einer Uebervorteilung des Publikums führt. Sie hat ferner dafür zu sorgen, daß der Prospekt alle zur Beurteilung der Emission notwendigen Angaben enthält. Man könnte der Meinung sein, daß die Zulassungsstelle einer ausländischen Anleihe den Eintritt versagt, weil sie in politischen Gründen eine erhebliche Schädigung allgemeiner Interessen erblickt. Der Fall würde z. B. vorliegen, wenn für die Anleihe eines Staates, mit dem Deutschland sich gerade im Kriege befindet, die Zulassung beantragt wird. Nur aus dem Grunde, daß für die Anleihe eine dingliche Sicherheit nicht bestellt worden ist, vermag die Zulassungsstelle ihr Veto nicht auszusprechen. Denn es liegt darin noch keine

offenbare Uebervorteilung des Publikums; noch weniger eine Gefährdung allgemeiner Interessen. Die Frage der dinglichen Sicherheit käme höchstens bei ganz exotischen Staaten in Betracht; aber sie kann nicht ganz allgemein als Grund der Ablehnung gelten. Selbst wenn die Zulassungstelle weitergehende Befugnisse hätte, stände es nicht in der Macht der Regierung, bestimmenden Einfluß auf sie zu gewinnen. Sie wird sogar meistens verpflichtet sein, wenn die Regierung in nicht offizieller Form den Wunsch äußert, die Genehmigung des Prospektes abzulehnen, diesen Wunsch unerfüllt zu lassen. Das zur Uebernahme der Anleihe bestimmte Konsortium kann natürlich freiwillig sich jedem Wunsche beugen. Die Zulassungstelle darf es nicht. Ihre Richtschnur muß das Gesetz bilden. Ich kann mir auch hier den Fall denken, daß die Regierung einer Börsenbehörde klarlegt, weshalb die Genehmigung der Anleihe erhebliche politische Interessen verletzt und damit also den Interessen der Allgemeinheit schadet. Doch die Zulassungstelle würde gesetzwidrig handeln, wenn sie nur deshalb, weil Bulgarien der deutschen Industrie keine Aufträge erteilt hat und für die Anleihe keine dingliche Sicherheit bestellt ist, die Genehmigung des Prospektes versagen würde. Darum ist's töricht, wenn in einigen Blättern der Hamburger Börse der Vorwurf gemacht wird, daß sie, ungeachtet der Vorstellung des Regierungsvertreters, den Antrag der Firma Schröder Gebrüder & Co. nicht sofort abgelehnt hat.

So falsch wie die Behauptung ist, die Regierung könne de jure etwas verbieten, so falsch ist es auch von der Regierung, als ein Erfordernis für die Uebernahme ausländischer Anleihen, die Gewährung einer dinglichen Sicherheit zu fordern. Eine dingliche Sicherheit kann sehr gut sein, aber sie kann auch ganz wertlos sein. Und eine Anleihe ohne eine solche Sicherheit kann viel besser sein als eine andere, bei der wer weiß welche Staatseinnahmen verpfändet sind. Denken wir doch nur an den Fall, der sich vor einiger Zeit bei der Sao Paulo-Anleihe ereignet hat. Die Zulassungstelle der Berliner Börse genehmigte die Anleihe von 1908 auf Grund eines Prospektes, der die Gesetze über den Kaffeezoll enthielt. Wenige Monate später

änderte der Staat Sao Paulo diese Gesetze ab. Er behauptete damals allerdings, daß diese Reform keinen Einschnitt in den Anleihevertrag bedeute. Es mag heute dahingestellt bleiben, ob diese Auffassung richtig war. Jedenfalls vermögen wir, wenn ein ausländischer Staat nach dem Abschluß der Anleihe die dinglichen Rechte beschneidet, daraus keine andere praktische Folgerung zu ziehen als die, uns in Zukunft für eine Anleihe des betreffenden Staates zu bedanken. Umgekehrt wird natürlich, wenn man von den prinzipiellen Bedenken gegen die ausländischen Anleihen zunächst absieht, nicht der mindeste Grund vorliegen, deshalb allein, weil keine dingliche Sicherheit gestellt ist, die Emission zu bekämpfen. Setzen wir nur einmal rein theoretisch den Fall, Oesterreich würde bei deutschen Banken eine Anleihe aufnehmen. Sollen wir dann sagen, daß diese Anleihe nur übernommen werden kann, wenn Oesterreich uns eine Sicherheit bestellt?

Eher läßt sich schon der zweite Einwand hören. Deutschland vermag nicht gut jede ausländische Anleihe ohne weiteres abzulehnen. Es können für den Abschluß politische Rücksichten maßgebend sein, und es kann in der Tat auch einmal der Fall eintreten, daß eine ausländische Anleihe uns als Kriegsreserve dient. Der letzte Einwand wird ja immer von den Freunden der Auslandsanleihen denen gegenüber gebraucht, die in diesen Emissionen eine übertriebene Belastung des deutschen Kapitalmarktes erblicken. Von den Freunden solcher Anleihen wird aber meistens leider nur ein Gesichtspunkt zu erwähnen vergessen. Es wird zur Begründung der Ansicht darauf hingewiesen, daß Deutschland für den Fall des Krieges in der Lage sein muß, sich auf rasche und bequeme Weise Geld zu schaffen. Und ein Weg dazu, finanziell gerüstet zu sein, wird darin erblickt, daß wir beim Ausbruch des Krieges in der Lage sind, die fremden Anleihen ins Ausland abzustößen. Aber man übersteht bei dieser Beweisführung, daß diejenigen Anleihen, die unsere Banken in neuerer Zeit übernehmen, durchaus nicht geeignet sind, als Kriegsreserve zu dienen. Einfach deshalb nicht, weil sich für sie in kritischen Zeiten kein Käufer findet. Wer will etwa daran glauben, daß bei Ausbruch eines euro-

päischen Krieges ein zur Aufnahme fähiger Markt für bulgarische oder serbische Anleihen vorhanden wäre?

Wir dürfen bei der Beurteilung der gesamten Frage überhaupt nicht übersehen, daß sich seit einem Dezennium etwa vielerlei geändert hat. Ohne Zweifel ist eine große Zahl von ausländischen Staaten finanziell potenter geworden. Man denke nur an Oesterreich-Ungarn und Italien. Damit hat sich auch die Gefahr, die für den Kapitalisten früher mit dem Erwerb eines solchen Anlehetitres verknüpft war, wesentlich verringert. Andererseits aber bekommen wir auch nicht mehr die Anleihen der europäischen Großmächte (mit Ausnahme der russischen), weil der hohe Kursstand im Vergleich zu dem der deutschen Anleihen dem Kapitalisten nicht mehr hinreichende Chancen bietet. In Frankreich und England liegen die Verhältnisse ganz anders. Dort verzinzen sich die heimischen Anleihen weit schlechter als die angesehenen ausländischer Staaten, z. B. Deutschland. Und darum haben sie in der Tat als Kriegsreserve einen gewissen Wert. Bei uns zulande werden aber in der Hauptsache exotische Anleihen eingeführt. Es ist zuzugeben, daß die deutschen Käufer in den letzten Jahren an diesen Werten im allgemeinen keine Verluste erlitten haben. Das beweist zwar noch nicht, daß es in Zukunft immer so bleiben muß. Aber unbestreitbar kann man jetzt nicht mehr mit demselben Recht wie noch vor achtzehn Jahren, als der portugiesische Staatsbankerott den Blick der Oeffentlichkeit auf die Gefahr der Auslandsanleihen lenkte, dieses Argument in erster Reihe für ausschlaggebend bezeichnen. Bestehen bleibt aber die Tatsache, daß auch heute noch Deutschlands Volkswirtschaft viel zu sehr selbst vom Kredit abhängig ist, als daß sie in der Lage ist, anderen Ländern in größerem Umfange Kredite zu gewähren.

Aus diesem Grunde ist es ein Verdienst der Regierung, die Aufnahme ausländischer Anleihen nach Möglichkeit zu verhindern. Man kann auch zugeben, daß eine Ausnahme angängig ist, wenn der durch die Anleihe von uns geliehene Betrag in Form von Aufträgen an die deutsche Industrie im Inlande bleibt. Nur darf nicht verkannt werden, daß der diesmal eingeschlagene Weg große Bedenken hat. Für die Banken ist die Uebernahme einer ausländischen Anleihe meistens

ein recht lukratives Geschäft. Der Gewinn besteht nicht bloß in der Differenz zwischen dem Uebernahme- und Emissionskurs, sondern vornehmlich in dem Zinsgewinn, der sich durch die im Umlauf dauernde Verwaltung der Gelder ergibt. Auf ein solches Geschäft werden die Banken nicht gern verzichten, mögen sie auch coram publico ehrerbietig ihr Haupt dem Wunsche der Regierung beugen. Zwei Wege bleiben offen, um diesen Wunsch zu umgehen. Die Banken können bei der Uebernahme der Anleihen jederzeit Privatfirmen vorschreiben, denen sie das Geld vorstrecken, und die nach der Regierung nicht zu fragen haben. Sie können aber auch in kapitalstarken Ländern, wo ausländische Anleihen begehrt sind, Filialen errichten, um dort die Emission zu placieren. Bereits wird ja davon gemunkelt, die Dresdner Bank wolle in Paris eine Niederlassung gründen, um in französischen Landen ausländische Anleihen zu placieren. Der letzte Weg wäre für uns nur dann von Nachteil, wenn die Unterbringung der Anleihe nicht gelänge, also deutsches Kapital festgelegt wäre. Diese Möglichkeit ist vorhanden, aber sie wird so selten eintreten, daß man mit ihr nicht zu rechnen braucht. Schlimmer ist eine Umgehung durch Privatbankiers. Dann wird der ganze Zweck vereitelt. Und darum sollte die Regierung nachsinnen, ob sich nicht eine präzise Form finden läßt, um die Ablehnung der Uebernahme ausländischer Anleihen nicht von dem freien Willen der Großbanken abhängig zu machen. Eine Vorschrift, die die Emission einer Auslandsanleihe von der Genehmigung des Auswärtigen Amtes abhängig macht, hätte politische Bedenken. Die Einwirkung kann mit Hilfe der Gesetzgebung nicht auf den Geldgeber ausgeübt werden, sondern die Zulassungstellen müssen auf Grund des Gesetzes verpflichtet werden, ihre Genehmigung an bestimmte Voraussetzungen allgemeiner Natur zu knüpfen. Man mag sich vorläufig auf die Kompensation mit industriellen Aufträgen begnügen und kann vielleicht Ausnahmen gestatten, wenn es sich um Anleihen verbündeter Staaten handelt. Notwendig ist jedoch eine durchgreifende prinzipielle Regelung, weil, wie eben gezeigt wurde, private Verständigungen einen Schlag ins Wasser bedeuten können.

Richtige Buchführung.¹⁾

Vom Bücherrevisor Hans Günther-Hamburg.

(Schluß.)

Worin besteht nun der Unterschied zwischen der Kohbilanz und der Gewinnbilanz? Wenn wir ein Konto führen, auf welchem die jährlichen Abschreibungen in Monatsraten verbucht, also in Reserve gestellt werden, dann liegt der Unterschied nur im General-Betriebs-Konto.

Der Anfangs-Saldo dieses Kontos drückt den Wert der Bestände aus, die dem Betriebe gehören, und welcher durch die Inventuraufnahme ermittelt worden ist. Hat der Betrieb einen Monat gearbeitet, so ergibt das General-Betriebs-Konto einen Saldo, der nun aber nicht mehr dem Werte der Betriebsbestände entspricht, da in diesem Saldo auch der Gewinn enthalten ist, den der Umsatz in diesem Monat erbracht hat. Die Größe dieses Gewinnes ist uns aber nicht bekannt, und muß deshalb nach dem allgemein gültigen Begriffe durch eine neue Inventur ermittelt werden.

Wir sehen also vor dem einstweilen unlöslichen Rechenexempel: Saldo des General-Betriebs-Kontos plus unbekannter Gewinn = Wert der Inventurbestände, oder in umgekehrter Reihenfolge: unbekannter Wert der Inventurbestände minus Saldo des General-Betriebs-Kontos = Gewinn.

Betrachten wir uns nun zunächst einmal, was wir auf dem General-Betriebs-Konto im Laufe des Monats verbucht haben, so finden wir, daß außer den Inventurbeständen zu Anfang des Jahres weiter belastet worden sind: 1. die hinzugekommenen fabrikations-Materialien, 2. die ausgegebenen Löhne und 3. alle aufgelaufenen Betriebs-Unkosten.

Erkannt haben wir dagegen das Konto für den Umsatz. In dieser Gutschrift sind aber enthalten: 1. diejenigen fabrikations-Materialien, welche zur Herstellung der umgesetzten Waren verbraucht wurden, 2. diejenigen Löhne, welche zur Fertigstellung der verkauften Waren verausgabt wurden, 3. diejenigen Betriebs-Unkosten, welche laut Kalkulation auf die verkauften Waren entfallen, und endlich 4. den Gewinn, d. h. denjenigen Betrag, um welchen der Umsatz größer ist, als die unter 1, 2 und 3 aufgeführten Selbstkosten.

Wir kommen nun der Lösung schon etwas näher, denn es wird uns klar, daß wir durch Ermittlung der Größe der ersten drei Faktoren auch den vierten, nämlich den Gewinn, ermittelt haben.

Die Vorkehrungen, welche wir für diese Organisation zu treffen haben, und welche gleichzeitig eine lückenlose Nachkalkulation bilden, bestehen in der Hauptsache aus folgendem:

1. Jede Arbeit, ob groß oder klein, ob für einen Abnehmer oder fürs Magazin, bekommt eine Kommissions-Nummer.

2. Alle Materialien sind derart unter Verschluss zu halten, daß ohne Abgabe eines Materialzettels, der die Kommissions-Nummer trägt, nichts entnommen werden kann.

3. Jede Position in den Löhnangaben der Arbeiter muß mit der betr. Kommissions-Nummer versehen sein.

Die Materialzettel und die Lohnangaben der einzelnen Arbeiter bilden die Unterlagen für die weitere Tätigkeit des Magazinverwalters und des Lohnbuchhalters.

Diese beiden Beamten erhalten vom Kommissionsbuchführer je einen Zettel mit Kommissions-Nummer, Gegenstand, Besteller, Liefertermin, Branchen-Nummer, welcher zweckentsprechend vordruckt ist. Diese Material- bzw. Lohnlisten werden, nach Kommissions-Nummern geordnet, sorgfältig aufbewahrt; der Magazinverwalter überträgt von den ihm übergebenen Materialzetteln die verausgabten Materialien auf die entsprechenden Listen, ebenso verfährt der Lohnbuchhalter nach jeder Lohnzahlung mit den Lohnlisten.

Im Ausgangs-Fakturen-Journal steht bei jedem Verkaufsposten die betr. Kommissions-Nummer sowie der Vermerk, ob Teil-, Rest- oder komplette Sendung.

Die ausgelieferten Kommissions-Nummern werden täglich dem Magazinverwalter und dem Lohnbuchhalter abgegeben, und diese liefern die erledigten betr. Material- bzw. Lohnlisten an das mit der Ausrechnung beauftragte Bureau ab. Hier werden dann die Preise der Materialien eingetragen und ausgerechnet bzw. die Löhne addiert. Die ausgerechneten Zettel werden nun in der Buchhalterei in einem Hilfsbuche verbucht, welches den Material- und Lohnverbrauch für die ausgeführten Aufträge sowie die Verteilung derselben auf die verschiedenen Betriebszweige aufnimmt.

Dieses Buch kann etwa folgendermaßen rubriziert werden:

1. Nummer der ausgeführten Bestellung.

2. Gegenstand.

3. Wert des verbrauchten Materials.

4. Verbrauchte Löhne.

5. Darauf entfallende fabrikations-Unkosten.

6. " " Verkaufs-Unkosten.

7., 8. Branche I: Material, Lohn.

9., 10. " II: " "

11., 12. " III: " "

13., 14. fabrikation auf Vorrat, Material, Lohn.

15. usw. Betriebs-Unterhaltung-Materialien und Löhne, d. h. für den eigenen Betrieb aus dem Magazin entnommene Materialien, ebenfalls eingeteilt in Rubriken für die verschiedenen Unterhaltung-Konten.

Die Eintragungen in dieses Buch erfolgen genau in der Reihenfolge, wie die Versandposten im Ausgangs-Fakturen-Journal stehen. Alsdann folgt die Eintragung der im Laufe des Monats fertig gewordenen Lager-Kommissionen, und schließlich am Ende eines jeden Monats die Übertragung der Zettel, auf welchen die für die Unterhaltung des eigenen Betriebes verausgabten Materialien und Löhne verzeichnet stehen. Dann werden sämtliche Rubriken addiert und die Summe in folgender Weise verbucht:

1. Das Allgemeine fabrikations-Material-Konto wird für die Summe aus Rubrik 3 erkannt.

2. Das Allgemeine fabrikations-Löhne-Konto wird für die Summe aus Rubrik 4 erkannt.

3. Das Konto gedeckter fabrikations-Unkosten wird für die Summe aus Rubrik 5 erkannt.

4. Das Konto gedeckter Verkaufs-Unkosten wird für die Summe aus Rubrik 6 erkannt.

Demgegenüber stehen folgende Belastungen:

5. fabrikations-Material-Konto Branche I, für die Summe aus Rubrik 7.

¹⁾ Siehe *Blutus* Jahrgang 1909 Seite 969, 990, Jahrgang 1910 Seite 6, 67, 99 ff.

6. fabrikations-Material-Konto Branche II, für die Summe aus Rubrik 9.
7. fabrikations-Material-Konto Branche III, für die Summe aus Rubrik 11.
8. fabrikations-Löhne-Konto Branche I, für die Summe aus Rubrik 8.
9. fabrikations-Löhne-Konto Branche II, für die Summe aus Rubrik 10.
10. fabrikations-Löhne-Konto Branche III, für die Summe aus Rubrik 12.
11. Allgemeines fabrikations Material-Konto, für die Summe aus Rubrik 13 und 14.
12. Die verschiedenen Unterhaltung-Konten, für die Summe aus Rubrik 15 usw.

Nachdem nun diese Buchungen vorgenommen sind, zeigt uns das Betriebs-Hauptbuch folgendes Bild:

Auf dem Allgemeinen fabrikations-Material-Konto sind die laut Inventur vorhanden gewesenen sowie die bisher hinzugekommenen Materialien belastet. Dagegen sind die zu den versandten fabrikaten verwendeten Materialien gutgeschrieben durch Uebertrag auf die Material-Konten der drei Branchen. Ebenso sind die für die eigene Betriebsunterhaltung verbrauchten Materialien gutgeschrieben und auf die Unterhaltung-Konten übertragen. Endlich sind die zur Herstellung von Lagerwaren verwendeten Materialien gutgeschrieben, und da diese Lagerwaren wiederum in den Bestand des Allgemeinen fabrikations Material-Kontos gehören, so sind sie einschließlch der Löhne und darauf ent-

fallenden fabrikations-Unkosten wiederum diesem selben Konto belastet. Der Saldo des Allgemeinen fabrikations-Material-Kontos zeigt demnach jetzt den Wert der augenblicklichen Inventurbestände an fertigen und unfertigen Lagerbeständen sowie an Rohmaterialien aller Art.

Das Allgemeine fabrikations-Löhne-Konto ist belastet für die ausgegebenen produktiven Löhne. Dagegen sind die für den Versand aufgewendeten Löhne gutgeschrieben und auf die Lohn-Konten der drei Branchen übertragen. Der Saldo dieses Kontos zeigt demnach den Beitrag der Löhne, welche augenblicklich noch in der fabrikation stecken.

Die Gesamtheit der Unkosten-Konten ist belastet für die aufgelaufenen Unkosten. Als Gegenposten stehen die Konten gedeckter fabrikations-Unkosten und gedeckter Verkaufs-Unkosten mit den Unkosten-Beträgen erkannt, welche in den verkauften fabrikaten eingeschlossen sind. Der Saldo, welcher entsteht, wenn man die sämtlichen Unkosten-Konti zusammenstellt, zeigt demnach den Unkosten-Betrag, welcher noch in der fabrikation steckt.

Aus diesen drei Salden ergibt sich der augenblickliche Wert der Bestände.

Dieser Betrag abzüglich des Saldos auf dem General-Betriebs-Konto zeigt uns den Betriebsgewinn, welcher hier zu verzeichnen war.

Diese theoretische Gewinnbilanz-Ausrechnung stimmt bei sorgfältiger Ueberwachung der ganzen Einrichtung recht genau, wie langjährige Erfahrungen gezeigt haben. — Sie zeigt uns aber noch nicht, ob die ungedeckten Spesen voll-

Betriebs-Ergebnis pro Monat	Branche I	Branche II	Branche III	Vorrat	Insgesamt
Material-Verbrauch					
Lohn-Verbrauch					
fabrikations-Spesen darauf					
Verkaufs-Spesen					
Selbstkosten des Umsatzes					
Ertrag des Umsatzes laut Verkaufskonti					
mithin Gewinn					
" Verlust					
vorher Gewinn					
" Verlust					
Betriebs-Ergebnis bis Ende dieses Monats					
Aufstellung der in obigem Betriebs-Ergebnis verrechneten, d. h. durch den Umsatz gedeckten Spesen.					
Gedekte fabrikations-Spesen pro Monat					M 1/2
" " " vorher					M 1/2
				M	M 1/2
Gedekte Verkaufs-Spesen pro Monat					M 1/2
" " " vorher					M 1/2
				M	M 1/2
				Insgesamt M	M 1/2
Aufstellung der aufgelaufenen Spesen pro:					
	November	vorher	insgesamt		
fabrikations-Spesen	M 1/2	M 1/2	M 1/2		
Verkaufs-Spesen	M 1/2	M 1/2	M 1/2		
	M 1/2	M 1/2	M 1/2		
Demnach durch den Umsatz nicht gedeckte Spesen bis Ende dieses Monats					M 1/2
Die in der fabrikation verorbenebenen Löhne betragen				M	
Die darauf entfallenden, d. h. in Lagerwaren und unfertigen fabrikaten steckenden fabrikations-Spesen betragen					M 1/2
so daß ein von obigem Betriebs-Ergebnis abzuziehender Betrag nicht gedeckter Spesen verbleibt von					M 1/2
so daß ein zu obigem Betriebs-Ergebnis hinzuzurechnender Betrag mehr gedeckter Spesen entsteht von					M 1/2

ständig in der Fabrikation stecken, oder ob ein Teil derselben ungedeckt bleibt, da ein geringerer Umsatz oder eine geringere Fabrikation nicht imstande war, die auf Grund günstigerer Erwartungen ermittelten Unkosten-Anteile zu decken. — Ebenso sei noch erwähnt, daß Preisschwankungen der Rohmaterialien in der theoretischen Gewinn-Bilanz nicht zum Ausdruck kommen können.

Um nun schließlich zu ermitteln, ob von den in der Fabrikation verbliebenen Unkosten ein Teil ungedeckt bleibt, oder ob vielleicht durch günstigere Geschäftslage bereits mehr

Unkosten gedeckt sind, als erforderlich gewesen wäre, verwendet man zur Dervollständigung der monatlichen Gewinn-Bilanz das folgende Schema, zu welchem weitere Erklärungen wohl kaum erforderlich sein dürften:

(Siehe Tabelle Seite 140.)

Sollten diese Ausführungen dazu beigetragen haben, das Interesse für eine rationelle Buchführung zu fördern, so wollen wir den Zweck derselben als erfüllt und die darauf verwendete Arbeit als belohnt ansehen.

Revue der Presse.

Die seit dem Jahreswechsel vorherrschende Geldflüssigkeit kommt in der Steigerung der Rentenkurse deutlich zum Ausdruck. Während nach der üblichen Aufstellung der Frankfurter Zeitung (9. Februar) die

Börsenkurse im Januar

im ganzen seit Ultimo Dezember eine Steigerung um 0,11% und im Vergleich zu den Kursen des Vorjahres eine solche von 2,95% aufweisen, zeigt die Kursentwicklung der Dividendenwerte einen Rückgang. Die Gesamtsteigerung ist also nur auf die Besserung der festverzinslichen Werte zurückzuführen. Deren Durchschnittskurs hat sich von Dezember auf Januar von 94,85 auf 95,16 oder um 0,31% erhöht, während Dividendenwerte im Durchschnitt von 164,45 auf 163,29% zurückgegangen sind. Bemerkenswert ist, daß die Steigerung in ausländischen Renten viel größer war als in den inländischen. Etwas gesunken sind sogar die Prioritätsobligationen der deutschen Eisenbahnen sowie der Klein- und Straßenbahnen. Unter den Dividendenwerten sind in erster Reihe die Aktien der chemischen Industrie zu erwähnen, deren Durchschnittskurs von 340,15 auf 326,71% gewichen ist. Auch in der Gruppe Holz- und Schnitzstoffe trat eine erhebliche Abnahme ein. Eine größere Steigerung zeigen die Kurse der Gruppe Ledergewerbe. —

Demselben Blatt (12. Februar) ist eine interessante Abhandlung über

Effektendepots im Auslande

zu entnehmen. In den Geschäftsbedingungen des Vereins Mannheimer Banken und Bankiers sowie in denen einiger anderer Banken befindet sich die Bestimmung, daß der Kunde die Gefahr zu übernehmen hat, wenn die Bank mit seinem Einverständnis Wertpapiere bei einer im Auslande befindlichen Bank beläßt. Die Frankfurter Zeitung bemerkt dazu, daß die Banken offenbar den Wunsch haben, für die geringe Provision, die sie für den Ankauf von Effekten erhalten, nicht auch das Risiko auf sich zu nehmen, die eine Deponierung bei dem ausländischen Bankier mit sich bringen kann. Jedoch erscheine das Verfahren der Mannheimer Banken in seiner generellen Form völlig ungeeignet, denn der Kunde kennt die ausländische Firma überhaupt nicht und hat bei ihrer Wahl kein Mitbestimmungsrecht. Die Mannheimer Banken könnten mit Firmen zweiter oder dritter Kategorie, die sie vielleicht etwas billiger bedienen, in Verbindung treten und ihnen die Depots anvertrauen. Es wäre mindestens Sache der Banken, dem Kunden in jedem Falle zu sagen, bei welcher ausländischen Firma seine

Effekten liegen sollen, und ihn um sein Einverständnis zu ersuchen. Den Kunden sei zu raten, solange keine Abänderung erfolgt, in der Kontokorrentbestätigung die Bestimmung zu streichen. Andererseits wäre es zu billigen, daß die Banken als Äquivalent für das übernommene Risiko eine kleine Erhöhung der Aufbewahrungsgebühr fordern, wenn die für den Kunden angeschafften Papiere im Auslande deponiert werden sollen. —

Im Berliner Tageblatt (13. Februar) veröffentlicht Prof. Dr. Schär einen längeren Artikel über das Thema

Wechselkurse, Diskont und Zahlungsbilanz in 1909.

Prof. Schär hat, wie bekannt, schon vor längerer Zeit den Versuch gemacht, die Bewegung der Zahlungsbilanz eines Landes aus den Schwankungen der Wechselkurse einerseits und aus der Spannung des inländischen Diskontsatzes und dem des Auslandes andererseits zu berechnen. Allerdings ist seine Methode viel kritisiert und bestritten worden. Die Wechselgrundkurse werden zunächst auf telegraphische Auszahlung reduziert, dieser Kurs wird dann mit der Goldparität der betreffenden Auslandsvaluta verglichen. Die Parität wird zu 10 000 eingesetzt, die Abweichungen über oder unter 10 000 geben nur ein Bild von der Zahlungsbilanz. Sie ist aktiv gegen diejenigen Länder, deren Valuta unter 10 000 steht, passiv, wenn Deutschland für die betreffende Valuta umgekehrt ein Agio zu bezahlen hat. Auf Grund der Berechnung der Monatsdurchschnitte kommt Prof. Schär zu dem Schluß, daß die deutsche Zahlungsbilanz eine Verbesserung erfahren hat. Denn die Indexzahl des Gesamtdurchschnitts war im Jahre 1909 10 014 gegen 10 018 in 1908 und 10 028 in 1907 und 1906. Gegen Frankreich, Belgien und Italien hat sich die deutsche Valuta etwas verbessert, mit Holland und der Schweiz ist sie gleich geblieben und gegen die übrigen Länder etwas gewichen. Bei einem Vergleich der Indexzahlen der Wechselkurse mit den Spannungen der Devisenkurse ergibt sich, daß Anfang des Jahres trotz der hohen Diskontspannung die hohe Indexzahl von 10 043 erreicht wurde. Von April bis September zeigt sich eine bedeutende Verbesserung der Zahlungsbilanz, während in den letzten drei Monaten die Parität der Wechselkurse nur mit dem Opfer einer hohen Diskontspannung aufrechterhalten werden konnte. Im Vergleich zu anderen Ländern zeigt Deutschland nach dieser Berechnung die größte Verbesserung der Zahlungsbilanz. —

Die Wirtschaftliche Korrespondenz (11. Februar) bespricht die im Reichsanzeiger veröffentlichten

Bilanzen der Aktiengesellschaften

im Jahre 1909. Nicht alle Gesellschaften sind der Publikationspflicht nachgekommen, sondern nur 5028 Unternehmungen mit 13,516 Milliarden *M* Nominalkapital. Für einen Vergleich des Reingewinns kommen nur 4657 Gesellschaften in Frage. Von diesen erzielten 3924 einen Reingewinn von 1,524 Milliarden *M*; 733 arbeiteten mit Verlust, der insgesamt 152,49 Mill. *M* betrug. Für 1907/08 hatten 4112 Gesellschaften einen Reingewinn von 1,576 Milliarden *M* erzielt und Verluste wurden nur bei 545 Gesellschaften im Betrage von 102,11 Mill. *M* erreicht. Nach Abzug der Verluste ist also der Reingewinn von 1,474 auf 1,372 Milliarden *M*, das heißt von 11,3 auf 10,5% des Aktienkapitals gesunken. Die Abschreibungen gingen (verglichen an 3642 Gesellschaften) von 539,99 auf 530,23 Mill. *M* zurück. Die durchschnittliche Dividendenziffer sank von 7,6 auf 7,2%. In drei Gruppen ist die Dividende gestiegen, und zwar bei Banken von 7,8 auf 7,9%, für die Bau- und Terraingesellschaften von 2,8 auf 3,1% und bei sonstigen Gesellschaften von 4,6 auf 5%. Im Ledergewerbe ist die Dividendenziffer von 8,9% stabil geblieben, dagegen in den übrigen 13 Gruppen zurückgegangen. —

Rumäniens Außenhandel im Jahre 1908

wird in der Vossischen Zeitung (12. Februar) besprochen. Er betrug nach den Veröffentlichungen des rumänischen Finanzministeriums in der Ausfuhr 2,822 Mill. t im Werte von 377,94 Mill. *frcs.* und in der Einfuhr 0,871 Mill. t im Werte von 414,05 Mill. *frcs.* Zum erstenmal seit einer Reihe von Jahren ist die Handelsbilanz Rumäniens mit 36 Mill. *frcs.* passiv. Gegenüber dem Jahre 1907 zeigt das Jahr 1908 insgesamt einen Rückgang im Außenhandel von mehr als 200 Mill. *frcs.* In der Ausfuhr stellen Getreide, Petroleum und Holz mehr als 90% des Gesamtwertes dar, obgleich der Getreideexport um 190 Mill. *frcs.* zurückgegangen ist. Die erste Stelle in den auswärtigen Handelsbeziehungen nimmt Deutschland ein. Rumänien exportierte nach Deutschland für 24,5 Mill. *frcs.* Waren und importierte für 140,8 Mill. *frcs.* — Eine Erhebung über die

Kartelle in Rußland

ist nach einer Mitteilung der Kölnischen Zeitung (10. Februar) beabsichtigt. Schon als im Jahre 1908 neun der größten südrussischen Eisenwerke sich zu einem Trust mit 170 Mill. *Rbl.* Kapital zusammenschließen sollten, brach in der Presse ein Sturm der Entrüstung aus. Die Regierung wurde angefordert, rücksichtslos gegen die Kartelle vorzugehen. Die Frage kam vor die Reichsduma, wo sie einer besonderen Kommission überwiesen wurde. Inzwischen haben sich die Anschauungen der Öffentlichkeit über die Syndikate geändert, indem man sie als eine notwendige Erscheinung des Wirtschaftslebens betrachtet. Die Regierung scheint aber selbst die schädliche Wirkung der Syndikate ver-spürt zu haben und daher mit der Veranstaltung einer amtlichen Erhebung eine Reform der Kartellgesetzgebung zu erstreben. — Die vielumstrittene Frage der

Schiffahrtabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen

wird jetzt auch vom Standpunkt Oesterreichs erörtert. Hofrat Hermann Roche veröffentlicht über das Thema in der

Neuen Freien Presse (11. Februar) einen längeren Aufsatz. Die deutschen Agrarier haben oft ausgesprochen, daß sie möglichst hohe Schiffahrtabgaben für ausländisches Getreide und für die Durchfuhr des österreichischen Zuckers wünschen, und sie erblicken in der Einführung der Schiffahrtabgaben eine Ergänzung der bestehenden Schiffahrtzölle. Es bestehe deshalb die Befürchtung, daß diese Abgaben zu einer Umgehung des Zoll- und Handelsbündnisses führen können. Oesterreich ist im Vergleich zu Deutschland ein an schiffbaren Strömen armes Land und bei deren Ausnützung auf seine Nachbarländer angewiesen. Die offene Elbe ist der einzige Strom, der in Oesterreich einen Schiffsverkehr aufzuweisen hat, der sich mit den großen deutschen Strömen (Rhein, Elbe, Oder, Weichsel) messen kann. An der imposanten Ziffer des Exports auf der Elbe nimmt die böhmische Braunkohle mit 60—70% den größten Anteil. Aber Oesterreichs Landwirtschaft und Industrie sind am Elbe-Exportverkehr ansehnlich beteiligt. Wie fördernd die Abgabefreiheit auf der Elbe war, geht daraus hervor, daß seit dem Jahre 1872 sich der Elbgrenzverkehr verzehnfacht, der Import aber verzwanzigfacht hat. Zum Beweise für die Schädigung Oesterreichs durch die Schiffahrtabgaben wird als Beispiel angeführt, daß ein mit Zucker von Ausgä nach Hamburg schwimmender Kahn mit 600 t Ladung von der Landesgrenze bis Hamburg an Schiffahrtabgaben 372 *M* zu zahlen hätte. Die österreichische Zuckerausfuhr würde daher mit einer Viertelmillion Mark belastet werden. Die Fracht der Kohle von Ausgä nach Magdeburg erfährt eine Verteuerung von etwa 16%. Der Verfasser meint, daß Oesterreich die drohende Gefahr mit Erfolg abwehren könnte. Durch die Elbschiffahrtakte vom Jahre 1821, durch die Donauschiffahrtakte vom Jahre 1857 und durch die Rheinschiffahrtakte vom Jahre 1868 ist die freie Schiffahrt auf Elbe, Donau und Rhein den damaligen Uferstaaten prinzipiell gewährleistet worden und in dem zwischen Oesterreich und dem Norddeutschen Bund abgeschlossenen Uebereinkommen vom 22. Juni 1870 hinsichtlich der Elbe ausdrücklich die Abgabefreiheit in gleicher Weise wie in § 54 der deutschen Reichsverfassung gewährleistet worden. Die Rechtslage sei daher für Oesterreich günstig.

Aus den Börsensälen.

In ausserordentlich langsamem Tempo vollzieht sich ganz allmählich eine leichte Ermässigung des Kursniveaus, die immer wieder durch einige Tage der Befestigung unterbrochen wird. Es ist erstaunlich genug, daß die Börse nach so langer Zeit der Aufwärtsbewegung so widerstandsfähig ist. Es offenbart sich hier, daß die Märkte in der langen Zeit der Brache, die der jetzigen Hausseperiode voranging, innerlich gekräftigt worden sind, sonst würde der Rückschlag in den letzten Wochen weit stärker gewesen und rascher erfolgt sein, als es in Wirklichkeit der Fall war. Dies hindert jedoch keineswegs, dass vorläufig eine Fortsetzung der Hausseperiode kaum wahrscheinlich ist. Man muss sich die Frage vorlegen, welcher Anlass eigentlich zu einer Kurssteigerung vorhanden sein soll. Der Geschäfts-

gang der Industrie ist längst in den Kursen eskomptiert. Andererseits wirken die Börsenvorgänge in New York einer Kurssteigerung hemmend. Nun ist freilich richtig, dass die Geldsätze verhältnismässig niedrig sind und dass wir vorläufig von einer Versteifung am Geldmarkte verschont bleiben dürften. Aber eine erhebliche weitere Verbilligung ist doch kaum wahrscheinlich, so dass also auch in dieser Hinsicht im Augenblick ein neuer Reiz für spekulative Betätigung fehlt. Dass die Lage des Geldmarktes allein nicht eine Hausse hervorzaubern kann, geht ja schon daraus hervor, dass selbst die gleichzeitige Herabsetzung des Londoner und des Berliner Bankdiskontsatzes an der Börse keine Steigerung hervorzurufen vermocht hat. Es fehlt eben an neuen Käuferschichten, und darum kann man nur wiederholen, dass ein etwas schnellerer Rückschlag weit eher den Weg für eine neue Kurssteigerung ebnen würde als der gegenwärtige Zustand.

* * *

Es soll keineswegs verkannt werden, dass eine Besserung der Börsentendenz sehr leicht eintreten kann, sobald das amerikanische Repräsentantenhaus die Trustvorlage ohne neue Verschärfungen angenommen hat. Denn darüber kann ja kein Zweifel herrschen, dass die Haltung der New Yorker Börse ausserordentlich lähmend auf den Geschäftsverkehr wirkt, so sehr die Börse auch darauf hinweisen mag, dass die amerikanische Trustfrage im Grunde genommen für das deutsche Wirtschaftsleben keine Bedeutung hat. In Wirklichkeit kann sich die Spekulation gar nicht dauernd dem New Yorker Einfluss entziehen; um so weniger, als zwar nicht direkte aber sehr wesentliche indirekte Zusammenhänge bestehen. In der letzten Woche hat sich die Wirkung der amerikanischen Börsenvorgänge auf das Wirtschaftsleben schon sehr deutlich fühlbar gemacht. Es zeigt sich immer mehr, dass in der Entwicklung der amerikanischen Industrie ein Stillstand, anscheinend sogar ein leichter Rückschlag eingetreten ist. Das kann nicht wundernehmen, denn die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Trustgesetzgebung muss vorläufig die Kauflust eindämmen. Es zeigt sich aber auch, dass die Abnahme der gewerblichen Unternehmungslust in Amerika bereits ihre Rückwirkung am Weltmarkte ausübt. Auch der Rückgang der Versandziffern des Stahlwerksverbandes (pro Monat Januar) dürfte mit einer Abnahme des Exports zusammenhängen. In dem offiziellen Communique ist hiervon freilich nichts gesagt worden. Als jedoch schon vor dessen Veröffentlichung inoffiziell verlautete, die Januarziffern würden eine Abnahme des Versandes an Produkten A aufweisen, da wurde hinzugefügt, der Rückgang hänge damit zusammen, dass im Dezember grössere Exportorders gebucht worden seien. In Wirklichkeit hat aber der Dezemberversand gar keine so übermässige Zunahme gebracht. Man kann daher nur annehmen, dass damit gesagt sein sollte, der Rückgang im Januar beruhe darauf, dass im Dezember mehr exportiert worden ist.

* * *

Unter den Montanwerten erlitten wiederum die Aktien der Laurahütte den grössten Rückschlag. Die Kursgestaltung der übrigen Werte wurde häufig durch diesen Rückschlag beeinflusst. In der Tat scheint ja der wahrscheinlich am 24. cr. erscheinende Ausweis recht schlecht auszufallen. Aber man muss doch berücksichtigen, dass die Aktien der Laurahütte selbst im vorigen Jahre, als der überaus ungünstige Jahresabschluss bekannt wurde, ihren Kurs relativ gut behauptet haben. Ob also die Baissepartei, die jetzt sehr mutvoll bestrebt ist, den Preisstand herabzudrücken, schliesslich einen grösseren Erfolg erzielen wird, ist noch nicht ganz sicher. Es gewinnt aber den Anschein, dass im Hintergrunde noch andere Dinge schlummern. An der Börse bringt man ja vielfach den Kursrückgang mit persönlichen Differenzen innerhalb der Verwaltung in Zusammenhang, und es ist nicht ganz neu, dass das Erweiterungsprogramm des Generaldirektors Hilger sehr starke Missstimmung hervorgerufen hat. Dazu kommt natürlich, dass auch jetzt fortgesetzt ungünstige Nachrichten über den Geschäftsgang in der oberschlesischen Montanindustrie verbreitet werden. Hieran kann nun unmöglich die Direktion der Laurahütte schuld sein. Denn der gegen Herrn Generaldirektor Hilger erhobene Vorwurf gipfelt ja gerade darin, dass er zu sehr auf eine Vermehrung der Eisenproduktion bedacht war, während der Ausbau der Kohlenwerke berechtigter gewesen wäre. Augenblicklich sind aber die Absatzschwierigkeiten gerade am oberschlesischen Kohlenmarkt besonders gross, so dass man also zwischen beiden Dingen keinen Zusammenhang konstruieren kann. Nicht ganz klar ist es auch, ob bei den gegenwärtigen Klagen aus der oberschlesischen Kohlenindustrie nicht eine bestimmte Taktik von wesentlicher Bedeutung ist. Vielleicht soll auf die Regierung ein Einfluss zu einer Ermässigung der Eisenbahntarife ausgeübt werden. Denn es ist immerhin auffällig, dass die Dividendenschätzungen für die oberschlesischen Werke, die hauptsächlich von der Kohlenproduktion abhängig sind, gar nicht so ungünstig lauten. Sehr schlechte Erträgnisse werden eigentlich nur bei der Laurahütte und der Bismarckhütte erwartet. Beide Werke haben aber ihren Betrieb in den letzten Jahren vergrössert. Bei der Donnersmarckhütte und der Kattowitzer Bergbau-Gesellschaft erwartet man zwar ebenfalls eine Verringerung des Erträgnisses, aber diese soll doch den bisherigen Börsengerüchten zufolge nur wenige Prozent betragen.

* * *

Auch sonst dringen aus Preussens grösster Provinz Klagen über schlechten Geschäftsgang an unser Ohr. Die oberschlesischen Zementwerke haben wiederum die Preise ermässigt, und zwar gleich um 20 Pfg. pro 100 kg. Daraufhin waren die Aktien der betreffenden Zementfabriken weiter angeboten. Auch die übrigen Zementwerte lagen recht schwach, weil jetzt die Dividenden veröffentlicht werden und dies verstimmend wirkt, so sehr man auch vorher mit einem Rückgang des Erträgnisses gerechnet hat. Im allgemeinen bekundet der Kassaindustriemarkt

eine schwache Tendenz; nur wenige Werte finden noch Beachtung, die übrigen Kurse schwächen sich allmählich ab. Charakteristisch ist, dass selbst günstige Dividendenerklärungen, sogar wenn sie die bisherigen Erwartungen übertreffen, wenig Eindruck hervorrufen. So stiegen z. B. die Aktien der Bremer Wollkammerei nur $\frac{3}{4}$ %, als bekannt wurde, dass der Aufsichtsrat die Verteilung einer Dividende von 16 % gegen gegen 10 % i. V. in Vorschlag bringt. Dabei hatte man an der Börse ein Erträgnis von höchstens 14% erwartet. Der Kurs war aber trotzdem vorher schon beträchtlich gestiegen, so dass bei der lustlosen Gesamttendenz kein Raum für eine weitere Aufwärtsbewegung übriggeblieben zu sein schien.

* *

Auffällig ist der Rückgang der Aktien der Eisenindustrie Mendon & Schwerte. An einigen Tagen wichen die Aktien sogar um 13,70 %. Der Kursrückgang wurde dadurch herbeigeführt, dass die Gesellschaft erklärte, der Halbjahrsabschluss weise trotz besserer Beschäftigung wiederum einen Betriebsverlust auf. Die Verwaltung beabsichtigte verschiedene Neubauten vorzunehmen, und eine demnächst einzuberufende ausserordentliche Generalversammlung soll hierzu Stellung nehmen. Noch im Oktober vorigen Jahres, gelegentlich der ordentlichen Generalversammlung, hat die Gesellschaft erklärt, dass die Preise anziehen konnten, wenn sie auch nicht gewinnbringend seien. Was aber mit der jetzigen Erklärung eigentlich gemeint ist, ist ausserordentlich schwer zu beurteilen. Ein Teil der Aktionäre befürchtete natürlich, es werden neue Geldforderungen auftreten und darauf mag das Angebot hauptsächlich zurückzuführen sein. Auf Anfrage erklärt die Gesellschaft, sich zu den Gerüchten nicht äussern zu können. Dieses Verhalten ist geradezu unerhört. Auch wenn eine Aktiengesellschaft nicht immer peinlich den Kursstand ihrer Aktien zu beachten braucht, muss man doch einige Rücksicht verlangen können. Die Verwaltung dient nur (mag sie das auch nicht wollen) unlauteren Spekulationsinteressen, wenn sie derartige geheimnisvolle Erklärungen in die Welt setzt, ohne den Aktionären zu sagen, ob und eventuell wieviel neue Geldmittel sie haben will. Hoffentlich werden die Aktionäre in der Generalversammlung auf solche Rücksichtslosigkeit zu antworten wissen.

* *

*

Nicht minder merkwürdig ist ein anderer Vorfall. Die Tiefbohrergesellschaft Lapp hat, wie erinnerlich, vor kurzem ihr Aktienkapital erhöht. Den Aktionären wurde der Bezug neuer Aktien angeboten, aber, siehe da, es findet sich niemand, der geneigt ist, die an den Markt kommenden Bezugsrechte zu kaufen. Ein Bankkonsortium hat sich nicht gebildet; ob die Gesellschaft überhaupt bestrebt war, ein solches zu finden, ist nicht bekannt geworden. Jedenfalls erleiden natürlich die Aktionäre, die nicht Lust haben, der Gesellschaft noch neues Geld zu überlassen, einen Verlust in Höhe des Bezugsrechtes.

* *

*

Merkwürdig ist die Kurssteigerung der Harburg-Wiener Gummi-Aktien, die auch schliesslich zu einer Höherbewertung der Aktien anderer Gummifabriken geführt hat. Es wurden allerhand Gerüchte verbreitet, dass bei der Gesellschaft etwas besonderes vorliege, was die Steigerung gerechtfertigt erscheinen lasse. Aber es scheint, als ob nur von einer bestimmten spekulativen Seite versucht worden ist, den Kurs in die Höhe zu treiben. Die Gerüchte von neuen Patenten usw. sind, wie ich höre, vollkommen unrichtig. Der Geschäftsgang des Unternehmens ist an sich befriedigend, aber andererseits kommt in Betracht, dass die Rohgummipreise beträchtlich gestiegen sind, während die Preise der Fertigfabrikate nicht in demselben Masse folgen können. Die Internationale Galalith-Gesellschaft, an der die Gesellschaft beteiligt ist, soll sich zufriedensstellend entwickeln.

bb.

Umschau.

Erklärung. Entsprechend dem Vergleich, den am 3. Februar 1910 zu Breslau mein bevollmächtigter Vertreter, Herr Rechtsanwalt Dr. Johannes Werthauer, mit dem bevollmächtigten Vertreter des Geheimen Kommerzienrats Haase in Breslau, Herrn Geheimen Justizrat Dr. Ludwig Cohn, geschlossen hat, gebe ich folgende Erklärung ab: „Die Vorwürfe tatsächlicher Art, welche in den Artikeln des Plutus vom 10. Februar und vom 9. Juni 1906, betreffend den Geheimen Kommerzienrat Georg Haase, enthalten und auf Grund unrichtiger Mitteilungen aufgenommen sind, nehme ich mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Ich habe mich durch die Beweisaufnahme überzeugt, dass die von mir aufgestellten Behauptungen unrichtig sind.“

Kalibluft. Am 14. Februar ist im Reichstag das neue Kaligesetz beraten worden. Das Ergebnis war eine sehr witzige, aber recht gehaltlose Rede des bayerischen Volkstümlers Dr. Heim und eine auffallend gehaltvolle Rede des Arbeiterführers Hue. Dazwischen gab es mancherlei Beachtenswertes und vor allem aber auch viel Persönliches, da einzelne Kalinteressenten im Reichstag selbst sitzen und so mancherlei Anzüglichkeiten die Debatte trübten. Ein Vorgang verdient, weil er von gewissem prinzipiellen Interesse ist, hervorgehoben zu werden. Der liberale Abgeordnete Bergerat Gothein musste sich gefallen lassen, dass ihm der Vorwurf gemacht wurde, er vertrete Interessen des Auslandes. Der Vorwurf ist sicher ungerechtfertigt und vor allem sehr bedenklich. Man sollte es sich doch nachgerade abgewöhnen, die Schlagworte Reichsfeinde und Auslandsagenten zu gebrauchen. Aber tatsächlich kamen in der Rede des Abgeordneten Gothein ein paar Stellen vor, die jedenfalls den deutschen Interessen nichts nützen, sondern im Gegenteil geeignet waren, unseren Vertretern im Ausland das Arbeiten zu erschweren. Der Abgeordnete Gothein sagte unter anderem: „Die bereits von Dr. Heim und von dem Minister erwähnte Syndikatskommission hat in den Verhandlungen mit den Amerikanern diesen zu verstehen gegeben, dass der Bundesrat und die Vertrauens-

männer der Mehrheit im Reichstag sich bereits für den preussischen Vorentwurf ausgesprochen hätten. Mir aber ist von den Vertretern der Mehrheit gesagt worden, von solchen vertraulichen Verhandlungen wüssten diese nichts. Die Amerikaner sollten auch hier wieder geblufft werden.“ Bisher hat man mit Recht den deutschen Unterhändlern, die beim Abschluss handelspolitischer Verträge im Ausland tätig waren, den Vorwurf gemacht, sie handelten zu wenig schlau und zeigten sich zu schwach. Jetzt liegt nun einmal ein Fall vor, in dem anscheinend mit einer gewissen Steifnackigkeit und Tüchtigkeit prozediert worden ist, und nun kommt da ein Vertreter des Liberalismus und wirft nicht nur den deutschen Unterhändlern ihre Methode des Unterhandelns vor, sondern tut das in öffentlicher Reichstagsitzung, so dass sie vor dem Ausland desavouiert werden. Dieses Verfahren ist nicht geeignet, den deutschen Unterhändlern für die Zukunft den Rücken zu steifen. Die Amerikaner genießen sich gar nicht, uns nach allen Regeln der Kunst zu bluffen. Leider gelingt es ihnen meistens, weil die Parteigänger des Herrn Gothein sich bluffen lassen. In solchen Fällen hat man aber noch niemals etwas davon gehört, dass von ihrer Seite das Bluffen beanstandet wurde. Diese sollen aber dann doch wenigstens den Deutschen billig sein lassen, was den Amerikanern recht ist.

Kapital und Nation. In der konservativ und nationalistisch gerichteten Presse spielt augenblicklich die Besprechung eines Vortrages eine grosse Rolle, den Prof. Ludwig Bernhard über die finanzielle Seite der Polenfrage gehalten hat. Prof. Bernhard hat in seinem bekannten Polenbuch zum erstenmal darauf hingewiesen, welche mächtige Finanzorganisation die preussischen Polen sich geschaffen haben, und wie wesentliche Hilfe ihnen bei Schaffung dieser Organisation durch die deutschen Banken zuteil geworden ist. In seinem neuesten Vortrag hat der jugendliche Professor, wie bereits früher, die Konsequenz aus den mitgeteilten Tatsachen gezogen, dass das Kapital sich durch Gebote des Patriotismus und der Nationalität nicht abhalten lasse, dorthin zu gehen, wo es höhere Verzinsung erhalte, und dass die Geschäftsführer des deutschen Kapitalismus sich bei ihren geschäftlichen Massnahmen nicht von den Politikern dreinreden lassen. Darob ist ein Teil der konservativen Presse sehr entsetzt und erklärt, dass man sich diese Stellungnahme des mobilen Kapitalismus merken müsse. Da sei der Landwirt doch ein ganz anderer Kerl, der im nationalen Interesse sich eine Reihe von Entbehrungen auferlege. Ich habe vor kurzem erst an dieser Stelle die Landwirtschaft und die konservativen Politiker vor den Uebertreibungen seitens der liberalen Presse in Schutz genommen. Aber ich glaube, gegenüber den neuerlichen konservativen Behauptungen ist es an der Zeit, doch einmal darauf hinzuweisen, dass im grossen und ganzen das mobile Kapital und die Industrie genau so viel oder so wenig patriotisch sind wie die Landwirte. Im Grunde genommen gibt nämlich bei beiden Schichten der wirtschaftliche Vorteil die Richtschnur für das persönliche Handeln. Selbstverständlich gibt es die eine oder andere Ausnahme. Aber die ist in der Landwirtschaft ebenso selten wie im Handel. Aber ich glaube, dass man solche Vorgänge in der Wirtschaft, wie sie Prof. Bernhard behandelt hat, gar nicht

unter dem Gesichtspunkt ethischer Politisiererei betrachten darf, sondern dass diese Vorgänge bei ruhiger Betrachtung in ein ganz anderes Licht gerückt werden, als wenn man sich bei Politik von Parteihader leiten lässt. Was ist denn eigentlich so Furchtbares geschehen? Die Mecklenburgische und die Hamburgische Hypothekenbank haben zu dem Prachtbau des Bazar Posnanski, für das polnische Gewerbehaus Dom Przemyslow und für eine Reihe von Wohnhäusern polnischer Bauunternehmer sehr erhebliche Summen auf Hypotheken ausgeliehen. Damit sind zweifellos Unternehmer polnischer Nationalität unterstützt worden. Aber was wäre geschehen, wenn sich keine deutschen Hypothekenbanken gefunden haben würden, die bereit gewesen wären, die Hypotheken herzugeben? Die Antwort lautet doch sehr einfach dahin, dass sich dann die betreffenden polnischen Unternehmer an das Ausland gewandt hätten und von dort vielleicht noch billiger das Geld bekommen hätten, als es die deutschen Unternehmer gaben. Das wäre vielleicht kein allzu grosses Unglück gewesen, denn der Zustrom fremden Geldes nach Deutschland hätte uns zum mindesten nicht geschadet. Aber auch das, was da geschehen ist, wäre kein Unglück, selbst wenn es sich um die Hergabe von Kapitalien gehandelt hätte, die auch nach strengster Prüfung durch alldeutsche, antipolnische Trichinenbeschauer sich als vollkommen arisch erwiesen hätten. Aber wer garantiert denn für die Polenreinheit des verwalteten Kapitals? Wie kann man denn überhaupt bei einer Aktiengesellschaft den Begriff Nationalität konstruieren? Kennt man denn die Aktionäre der Hamburgischen und der Mecklenburgischen Hypothekenbanken so genau, dass man die Garantie dafür übernehmen will, dass sich unter diesen nicht Polen, Russen, Serben, Rumänen und weiss Gott was sonst noch für undeutsche Personen befinden? Aber gesetzt selbst den Fall, man könnte die Garantie des reinen Deutschtums für alle Aktionäre dieser Banken übernehmen. Die Hypothekenbanken haben bekanntlich die merkwürdige Eigentümlichkeit, dass sie weniger mit ihrem Aktienkapital als mit den Kapitalien arbeiten, die ihnen aus der Begebung von Pfandbriefen zufließen. Glaubt man nun wirklich, dafür garantieren zu können, dass die Polen oder des Polentums verdächtige Persönlichkeiten viel mehr Pfandbriefe des Unternehmens gekauft haben, als der Summe nach den Hypothekengeldern entsprechen, die die beiden Banken auf die polnischen Häuser ausliehen? Vielleicht ist auf diese Weise indirekt polnisches Kapital wieder an polnische Unternehmer ausgeliehen worden. Das sind doch alles Unsinnigkeiten, zu denen man nur durch eine krankhaft gesteigerte politische Verblendung gelangen kann. Noch bedenklicher erscheint aber die Erregung über den von Prof. Bernhard berührten zweiten Fall. Die Ausgleichsstelle des gesamten polnischen Genossenschaftswesens soll mit einer Berliner Grossbank in Verbindung stehen, die sich auch um die Kundschaft anderer polnischer Banken in polnisch abgefassten Briefen beworben haben soll. Prof. Bernhard hat anscheinend den Namen dieses Institutes in seinem Vortrag nicht erwähnt. Es handelt sich aber, wie in Berliner Finanzkreisen allgemein bekannt ist, um die Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank). Worin besteht denn nun

das Verbrechen dieser Bank? Vermutlich hat sie die Kundschaft der Ausgleichsstelle gar nicht gesucht, um den polnischen Genossenschaften Geld zu borgen, sondern es ist gar nicht unwahrscheinlich, dass zum mindesten zu gewissen Zeiten die polnische Zentralkasse aus den Ueberschüssen der Darlehen erhebliche Summen bei der Bank für Handel und Industrie guthaben wird. Wenn die Bank für Handel und Industrie diese Gelder nicht übernimmt, so nimmt sie eine andere Grossbank. Falls aber wirklich alle Berliner Grossbanken so patriotisch sein sollten, die Uebernahme polnischer Gelder abzulehnen, so würde das Resultat nur sein, dass die Polen mit Vergnügen ihr Geld an französische, englische, besonders aber an österreichische und russische Banken ausleihen würden. Damit wäre natürlich dem Deutschtum ausserordentlich geholfen. Augenblicklich kann wenigstens die Darmstädter Bank die polnischen Gelder dazu benutzen, die Wechsel deutscher Geschäftsleute zu kaufen, und da sie gleichzeitig mit der Verbreitung des Deutschtums dienenden Ostbank in Posen in Verbindung steht, so ist es sogar gar nicht ausgeschlossen, dass auf indirektem Wege die Ueberschüsse der polnischen Zentralgenossenschaft dazu benutzt werden, die Wechsel der deutschen Kaufleute in Posen, Bromberg und Gnesen zu kaufen. Es wäre natürlich tausendmal besser, wenn das polnische Geld ins Ausland ginge und dort den Handel unterstützt. Aber selbst wenn es umgekehrt der Fall wäre, dass durch die grossen Banken polnische Geschäftsleute und polnische Industrien unterstützt würden, so könnte ich darin vom nationalen Standpunkt aus gar kein Unglück sehen. Die Hauptsache ist, dass unsere östlichen Provinzen ertragreich für unsere Volkswirtschaft ausgestaltet werden. Ob die Träger dieses wirtschaftlichen Fortschritts Polen oder Deutsche sind, ist für unsere gesamte Volkswirtschaft herzlich gleichgültig. Richtig ist, dass das polnische Element in den östlichen Provinzen in den letzten Jahren viel mehr erstarbt ist als das deutsche. Aber das lag daran, dass ein grosser Teil der Deutschen besonders in Posen sich als Staatsstipendiaten fühlten, dass Staatsgelder und Wohltätigkeitgelder zu billigem Zinsfuss in Unternehmungen gesteckt wurden, die wirtschaftlich nicht die geringste Berechtigung hatten und schliesslich deshalb verkrachen mussten. So ist Deutschlands Geld verloren worden, und die wirtschaftliche Energie vieler Deutscher ist unter der Wirtschaft der Staatsstipendien erschlaft. Dagegen waren die Polen auf sich selbst angewiesen, haben ihr Kapital gesammelt und auf dem Prinzip der Selbsthilfe organisiert. Die deutschen Banken unterstützen ihre Unternehmungen, weil sie geschäftlich gut fundiert waren, und so haben denn die Polen in der preussischen Provinz ein Mass von wirtschaftlicher Tüchtigkeit erreicht, wie es ihre Brüder in Galizien und im Königreich Polen nicht annähernd aufweisen können. Das sollte uns zeigen, wie unsinnig unsere Polenpolitik ist, aber sollte uns nicht veranlassen, fortwährend den verlorenen Geldern weiteres gutes Geld nachzuwerfen, bloss weil einzelne Leute sich bei uns nun einmal in den Kopf gesetzt haben, dass die polnischen Bewohner Preussens in ihrem wirtschaftlichen Aufschwung gehemmt werden sollen? An dem jetzigen wirtschaftlichen Zustande in der Provinz Posen ist sicherlich auch das

famose preussische Enteignungsgesetz schuld, das die polnischen Kapitalien immer mehr vom Lande in die Stadt, von der Landwirtschaft in die Industrie treibt.

Gas und Kokszechen. Man schreibt mir: Das Rheinisch-westfälische Elektrizitätswerk in Essen, das heute schon in vertraglicher Bindung mit anderen seiner Führung unterstehenden elektrischen Werken den weitaus grössten Teil von Licht und Kraft aus elektrischer Quelle für den grössten Industriebezirk Deutschlands produziert, gliedert sich eine neue Gesellschaft für zentrale Gasversorgung an, die unter Einbeziehung bestehender gemeindlicher und privater Gaswerke die Abgase der Kokszechen im grossen Stile für die Leuchtgaszerzeugung nutzbar machen will und von zentralen Stellen aus eine bisher nicht erreichte rationelle und ökonomische Verteilung an die Konsumenten in Radien ermöglichen wird, die eine Umwälzung in der Gasversorgungstechnik herbeiführen werden. Dieser Plan hat seine Vorläufer. Seit einiger Zeit schon hatten grosse Zechen Gasanstalten eingerichtet, welche die Abgase der Kokereien nach Abgabe von Teer und Ammoniak einem besonderen Reinigungsprozess und dann dem Gasometer einer eigenen Gasanstalt zuführten. Man verzichtete also auf das in den Kokereien sonst gewonnene dritte Nebenprodukt, das Benzol, und auf die Verwendung des Restes als Heizgase im Werksbetriebe. Das um so lieber, als in der letzten Zeit der Markt für die Nebenprodukte Teer, Ammoniak und Benzol an Aufnahmefähigkeit gegenüber dem sich steigernden Angebot zurückging. Es waren eben immer mehr Zechen zu der lukrativen Nebenproduktengewinnung übergegangen, da die ausserordentliche technische Vollendung dieser Anlagen bei den deutschen Werken, die bisher weder in England noch in Amerika erreicht wurde, es gestattete, auf die Tonne Koks 2 bis 3 *M* an Nebenprodukten zu gewinnen, um welchen sehr erheblichen Betrag sich der Kokspreis somit billiger kalkulierte. Auf Grund dessen war es vor wenigen Jahren schon dem rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat eine Zeitlang möglich, deutschen Koks in englischer Konkurrenz bis nach Manchester zu werfen, trotzdem die Kohle selbst sonst den umgekehrten Weg geht. Der Leiter unserer grössten reinen Kohlen- und Kokszeche hat sich auch dahin geäussert, dass bei gedrückten Kokspreisen eine Reihe unserer Kokszechen nichts mehr am Koks, sondern nur mehr an den Nebenprodukten profitiert. Die Nebenprodukte seien so die Hauptprodukte geworden. Zu den genannten drei Nebenprodukten hat in grösserem Umfange erst in jüngster Zeit das Leuchtgas als viertes Nebenprodukt deshalb treten können, weil es gelang, über den eigenen Zechenkonsum an Leuchtgas hinaus die Gemeindeverwaltungen an der Abnahme zu interessieren. Die eigenen und privaten seit langem existierenden Gasanstalten der Gemeinden hatten so lange den Konsum allein gedeckt, bis u. a. die Gelsenkirchner Bergwerks-Aktiengesellschaft bahnbrechend dadurch vorging, dass sie auf Grund ihrer Preiskalkulationen den Gemeinden das Zechengas erheblich billiger offerierte, als die Gemeinden und privaten Unternehmungen es in ihren Gasanstalten, die ja ihren Rohstoff, die Gaskohle, selbst erst von der Zeche zu beziehen hatten, herstellen konnten. Aber noch zögerten die Gemeinden, weil sie sich schwer entschliessen mochten, ihre eigenen, teuer erstellten Gaswerke stillzuliegen. Alle Bedenken

mussten jedoch schwinden, als Verträge zwischen Zechen und Gemeinden zustande kamen, auf Grund deren die letzteren die Gaslieferung unter Stilllegung der gemeindlichen Gaswerke an die Zeche übertrugen, welche die Konsumenten in Stadt und Dorf unter gemeindlicher Rechnungerteilung nicht nur billiger zu versorgen hatte, als die Gemeinde es gekonnt hätte, sondern ausserdem verpflichtet war, an die Gemeinde jährliche Abgaben zu zahlen, die den etwa vorhanden gewesenen früheren Gemeindenutzen an ihren Gasanstalten um ein Vielfaches überstieg. Dass die Zeche trotz dieser ausserordentlichen Konzessionen selbst noch mit Gewinn aus ihrer Gaslieferung arbeitet, ist das Verdienst neuerlicher, man möchte fast sagen, raffinierter technischer Einrichtungen, wie aus folgendem hervorgeht: Eine dieser Einrichtungen und wohl auch die Ursache, warum das Rheinisch-westfälische Elektrizitätswerk jetzt mit den grossen zentralen Gasversorgungsplänen auftritt, ist die Verwendung von neuen, verbesserten amerikanischen Gasdruckmaschinen, sogenannten Kompressoren, die es heute schon gestatten, das Leuchtgas auf 50 km, ja 100 km und mehr Entfernung ins Land hinauszupressen. Das war bisher nicht möglich. Der Wirkungsradius unserer Gasometer war ein recht begrenzter. Das jetzige Projekt des Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerkes läuft also ganz parallel seinem elektrischen Prinzip. Wie die Elektrizität, so wird das Gas an wenigen zentralen Produktionsstellen, die für die Konsumversorgung und in bezug auf das Rohmaterial günstig gelegen sind, nach den zahlreichen, immer dichter aufeinander rückenden Konsumstellen eines ausgedehnten Industriegebietes geleitet und gepresst, wobei, ähnlich wie beim Einbezug bestehender gemeindlicher Elektrizitätswerke auch einzelne gemeindliche Gasanstalten als Reserven und gelegentliche Verstärkung der Gaszufuhr Verwendung finden. Nun kommt im wesentlichen die Leuchtgasversorgung nur zur Nachtzeit in Betracht. Oekonomisch scheinen also solche zentralen Gaswerke nicht ganz so ideal zu arbeiten, wie das zentrale Elektrizitätswerk, bei dem die Lichtelektrizitätentnahme während der Nacht durch ein ingenieures Verbindungssystem in der Krafterlektrizitätentnahme während der Tagesarbeit eine natürliche Fortsetzung findet, so dass es — und das scheint mir das ökonomische Hauptverdienst des Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerkes zu sein, gelungen ist, die Konsumkurve immer gleichmässiger zu gestalten, wodurch die wirtschaftlich so eminent sparende gleichmässige Belastung grosser Betriebseinheiten — das Essener Hauptwerk verwendet bereits Dampfturbinen von je mehr als zehntausend Pferdestärken — ermöglicht wurde. Es ist jedoch mehr als wahrscheinlich, dass durch die Pläne des R. W. E. auch die Gasverwendung am Tage als Kraft- und Heizgas in den Städten und Dörfern mit der fortschreitenden Verbilligung ganz bedeutend zunimmt. Wenn die Haushaltung jetzt das Küchengas noch mit 10 Pf. pro Kubikmeter zu bezahlen hat, so ist das zuviel. Die Abneigung der Hausfrau wird aber verschwinden, wenn es nur mehr 5 Pf. kostet. Der Gasherd und der Gasofen wird dann auch in den Arbeiterwohnungen erschwinglich sein. Ferner müssen wir bei einem Vergleich des Gases mit der Elektrizität die erzeugende, mit der Dampfturbine direkt gekuppelte Dynamo nicht dem Gasometer gleichsetzen, der immerhin

irregulär in Anspruch genommen werden mag, sondern der gaserzeugenden Koksanlage selbst. Und da ist es Werken, wie u. a. der Gelsenkirchner Bergwerks-gesellschaft, gelungen, durch einfache technische Umstellung, entweder Teer plus Ammoniak plus Leuchtgas oder aber nach Belieben Teer plus Ammoniak plus Benzol als Nebenprodukte zu erzeugen, so dass die Kontinuität der intensivsten Verwendung der Apparatur auf keinen Fall eine unökonomische Unterbrechung zu erfahren braucht. Es leuchtet aus diesen Ausführungen ein, dass die rheinisch-westfälische Industrie mit den neuen Essener Plänen einen weiteren, wichtigen Schritt auf dem Wege getan hat, die deutsche Industrie auf immer billigere Produktionskosten zu stellen und wettbewerbsfähiger zu machen. Dass die Männer, die diese Pläne jetzt ausführen, sie schon seit längerer Zeit zielbewusst ins Auge gefasst haben, geht wohl auch daraus hervor, dass die Gelsenkirchner Bergwerksaktiengesellschaft, die in bezug auf die oben geschilderte Leuchtgaszeugung bahnbrechend vorgegangen ist, an den Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerken seit Jahren durch Uebernahme mehrerer Millionen Mark Obligationen recht stark interessiert ist.

Gedanken über den Geldmarkt.

Die Berichtswache brachte die fälligen Diskontermässigungen der Reichsbank und Bank of England auf 4 bzw. 3%, und zwar zufällig am gleichen Tage. Der Gang der Dinge auf dem internationalen Geldmarkt nimmt hiermit seinen programmässigen Verlauf; voraussichtlich wird die Aktion der beiden Institute gleichartige Schritte anderer Notenbanken nach sich ziehen, z. B. der Oesterreichisch-ungarischen und vielleicht auch der Belgischen Nationalbank. Das einzige Bemerkenswerte an der letzten Entwicklung ist höchstens das scharfe Tempo, in dem sich die Entlastung der Märkte seit dem Jahresbeginn vollzogen hat. War auch die Spannung im Herbst 1909 zum grössten Teil eine Folge technischer Mängel in der Goldzirkulation, so zeigte sich doch auch ein recht bedeutender Geldbedarf aller Wirtschaftszweige, von dem sich vermuten liess, dass er auf die Rückbildung der Zinssätze im neuen Jahr immerhin etwas hemmend einwirken würde. Diese Annahme hat sich nun keineswegs bestätigt. Die Entlastung ist so schnell und intensiv vor sich gegangen, wie sie nur in den flüssigsten Perioden sein kann. Die Ursachen hierfür liegen in dem besonders starken Rückfluss von Mitteln aus der Landwirtschaft, der sich namentlich bei uns geltend machte, sodann aber stehen sie wohl in einem gewissen Zusammenhange mit der leichten Abschwächung des Geschäftsganges, die die industriellen Berichte augenblicklich vielfach konstatieren. Wir hören diese Klage aus Amerika, wo der bekannte Kampf zwischen Wallstreet und Washington die Unternehmungslust zu lähmen scheint, wir hören sie aber auch von manchen Zweigen der europäischen Industrie, die heimische nicht ausgenommen. Die geringere Steigerung, welche z. B. die englischen Clearingziffern in der letzten Woche aufweisen, deutet auf die gleiche Tendenz.

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor¹⁾:

Freitag, 18. Februar 2 ¹ / ₄ 0/0	Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht. — G.-V.: Allgemeine Häuserbau-Akt.-Ges.
Sonabend, 19. Februar 2 ¹ / ₄ 0/0	Bankausweis New York. — <i>Betriebsausweise deutscher Eisenbahnen im Januar.</i> — G.-V.: Bank für Grundbesitz, Terrain-Ges. am Treptower Park, Norddeutsche Lederpappenfabrik, Hermann Schött Akt.-Ges., Berliner Eispalast Akt.-Ges., Rheinisch-Nassauische Bergwerks- und Hütten-Akt.-Ges., Mechanische Weberei am Mühlbach (Augsburg), Kammgarnspinnerei Schedenitz.
Montag, 21. Februar 2 ¹ / ₄ 0/0	Essener Börse. — G.-V.: Bergmännische Bank Freiberg, Zwickauer Steinkohlenbauverein, Akt.-Ges. für Dieselmotoren, Elbe-Dampfschiffahrts-Ges. Hamburg, Deutsche Gasglühlicht-Ges. Auer. — Schluss des Bezugsrechts neue Aktien Reiniger Gebbert & Schall.
Dienstag, 22. Februar 2 ¹ / ₄ 0/0	Düsseldorfer Börse. — <i>Deutschlands Kohlenproduktion, Ein- und Ausfuhr im Januar.</i> — G.-V.: Sächsische Bodencreditanstalt Dresden, Preussische National-Versicherungs-Ges. Stettin, Zwickau-Oberhohndorfer Steinkohlenbau-Verein, Stettiner Rückversicherungsges., Augsburger Kammgarnspinnerei.
Mittwoch, 23. Februar 2 ¹ / ₄ 0/0	Prämienklärung Wien. — <i>Dekadenausweis Luxemburgische Prinz-Heinrichbahn.</i> — G.-V.: Mecklenburgisch-Strelitzsche Hypothekenbank, Mechan. Baumwollspinnerei Augsburg, Rheinische Stahlwerke.
Donnerstag, 24. Februar 2 ³ / ₈ 0/0	Essener Börse. — Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — Prämienklärung Berlin, Hamburg, Ultimoaufgabe Wien. — Versammlung des Stahlwerksverbandes. — G.-V.: Preussisches Leihhaus, Preussische Hagel-Vers.-Ges.
Freitag, 25. Februar 2 ³ / ₈ 0/0	Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht. — <i>Reichsbankausweis.</i> — Liquidation Berlin, Hamburg, Prämienklärung Brüssel. — <i>Dekadenausweis Franzosen, Lombarden.</i> — G.-V.: Bank des Berliner Kassevereins, Kamerun-Eisenbahn-Ges., Königsberger Walzmühle, Bergwerks-Ges. Juno, Deutsche Industrie für Bergbau im Auslande, Deutsche Spiegelglas-Akt.-Ges. Frieden.

Sonabend,
26. Februar
2³/₈ 0/0

Bankausweis New York. — Prämienklärung Paris. — G.-V.: Alfelder Aktienbank, A. Busse Akt.-Ges., Braunschweigisch-Hannoversche Hyp-Bank, Hannoversche Bank, Preussische Pfandbriefbank, Sächsische Cartonagen-Maschinen-Akt.-Ges., Mechanische Baumwollspinnerei Bayreuth, Akt.-Ges. Bremerhütte, Gewerkschaft Trier, Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik, Köln-Lindenthaler Metallwerke, Bremer Rolandmühle, Neues Hansaviertel Terrain-Ges., Rauchwaren-Zurichterei und -Färberei Louis Walter, Kölnische Hagel-Vers.-Ges. — 27. Februar Leipziger Vereinsbank, Plagwitz.

Ausserdem zu achten auf:
Abschlüsse Berliner Grossbanken.
Zulassungsanträge (in Mill. M.):
Berlin: 89 \$ 4¹/₂% Gold Bonds Ferrocarilles National Mexico, 6 neue Aktien Petersburger Internat. Handelsbank, 1 5% Obl. Wilhelmshütte, 0,750 Ver. Metallwarenfabriken Haller. Frankfurt a. M.: 30 4% Hyp.-Pfdbr. Rheinisch-Westf. Bodencreditbank, 10 4% Hyp.-Pfdbr. Mitteldeutsche Bodencreditbank Greiz. Cöln: 30 4% Hyp.-Pfdbr. Rheinisch-Westf. Bodencreditbank. Leipzig: 10 4% Hyp.-Pfdbr. Mitteldeutsche Bodencreditbank Greiz.
Verlosungen:
20. Februar: 5% Congo 100 Frcs. (1888); 22. Februar: 3% Credit Foncier 500 Frcs. (1906); 25. Februar: 3% Ung. Hyp.-Pfdbr. 200 Kr. (1894), 2¹/₂% Stadt Paris 500 Frcs. (1904).

An den einzelnen Märkten bringt die verfloßene Woche keine bemerkenswerten Vorgänge, die besondere Beachtung verdienen. Auf dem Berliner Platze lasten augenblicklich schon die grossen Summen, die für die Abnahme der neugeschaffenen Reichsanleihen und Konsols dienen sollen. Die Provinz hat ihre Verpflichtungen für diesen Anlass zum grossen Teil schon gedeckt, und es ergibt sich bei der Abundanz, die der Februar ohnehin stets zu bringen pflegt, ein übermässiges Angebot von kurzfristigem Gelde, dass erst am 19., dem Beginn der Anleihezahlungen, eine Einschränkung finden wird. Es ist aber schon jetzt klar, dass dieser Termin keinerlei Knappheit bringen wird, da die Reserven des Marktes den Bedarf für diesen Zweck sicherlich schon übersteigen. Der Privatdiskont ist 2³/₄ 0/0, wobei Wechsel stark gefragt bleiben. Es ist möglich, dass der Geldbedarf zum 19. vorübergehend zu einer kleinen Steigerung führt.

Die Hausse am Devisenmarkt ist zum Stillstand gekommen; teilweise sind die Kurse von ihrem höchsten Niveau etwas zurückgegangen. Dabei ist auch Zahlung Petersburg eine Kleinigkeit gewichen, indem das Angebot von Kassadevisen in Petersburg nach Erledigung des russischen Ultimo Januar geringer geworden ist. Einem einschneidenderen Rückgang unterlagen dagegen die Kurse für Auszahlung Petersburg auf spätere Termine. Wie wir neulich schon hervorhoben, liess die Kursbewegung der Rubelzahlung auf gewisse Massnahmen der russischen Finanzbehörden in Angelegenheiten der Devisenreportie-

¹⁾ Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten Markttag Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen. Unter dem Datum steht immer der Privatdiskont in Berlin vom selben Tag des Vorjahres.

rungen schliessen. Diese Annahme hat eine rasche Bestätigung gefunden. Wie aus Petersburg mitgeteilt wird, hat die Staatsbank beschlossen, die Prolongation ablaufender Devisenreports um ein Drittel der bisherigen Summen zu beschränken und die verbleibenden Beträge nur gegen $\frac{1}{2} \text{‰}$ Vergütung pro Monat zu prolongieren. Das heisst aber mit anderen Worten, die Fortführung dieser Engagements vorläufig unmöglich machen. Denn die Kurse für Terminzahlungen hatten bisher nur einen ganz geringen Deport, und wenn sie auch auf diese Massnahmen hin jetzt erheblich gesunken sind, so notieren sie im Verhältnis zum Kassakurs doch nicht niedrig genug, um die Fortsetzung der Operationen mit der Staatsbank auf der neuen Basis zu gestatten.

Auch die ausländischen Plätze bieten der Berichterstattung diesmal keine besondere Anregung. In London hat die Diskontermassigung keine Aenderung der Verhältnisse des offenen Marktes gebracht, Diskont- und Geldsätze bleiben überaus leicht, man muss hierbei jedoch berücksichtigen, dass die Steuerzahlungen in diesem Jahre erst nach Wiederaufnahme der parlamentarischen Verhandlungen, also kaum vor Anfang März in vollem Umfange stattfinden werden, dass somit der Markt noch grosse Verpflichtungen zu erfüllen hat. Trotzdem ist die Lage recht befriedigend, besonders was den Metallbestand der Bank betrifft. Dieser ist ca. 5 Millionen Pfund höher als zur Zeit der 3%igen Rate im vorigen Jahr. Dabei fliesst dem Institut noch andauernd Gold aus den Barrenankünften zu, da die Konkurrenz des Kontinents keinen grossen Umfang angenommen hat. Es geht nur einiges nach Russland, und zur Deckung ablaufender Sterlingwechsel mässige Beträge nach Paris. Unter diesen Umständen erscheint die Lage in London für längere Zeit recht leicht, und es ist nur zu wünschen, dass diese Flüssigkeit nicht wieder eine übermässige Kreditgewährung an die transatlantischen

Goldkonsumenten zur Folge hat, deren Metallbezüge im vorigen Herbst den gesamten internationalen Markt in so schwere Verlegenheit gebracht haben. Justus.

Reichsbank.

Ausweis vom 7. Februar 1910.

Aktiva		(Millionen M)
Bestand an Gold		792,843
do. an Scheidemünzen		260,922
do. an Reichskassenscheinen		64,959
do. an Noten anderer Banken		18,511
do. an Wechseln		773,046
do. an Lombardforderungen		62,826
do. an Effekten		211,952
do. an sonstigen Aktiven		183,298
Passiva		(Millionen M)
Grundkapital		180,000
Reservfonds		64,814
Betrag der umlaufenden Noten		1 519,557
sonst. tägl. fällig. Verbindlichkeiten		566,851
sonstige Passiva		37,135
Steuerpflichtiger Notenumlauf		90,507

Bank von Frankreich.

Ausweis vom 10. Februar 1910.

		(Millionen Frs.)
Gold		3 481,191
Silber		872,283
Portefeuille		902,939
Notenumlauf		5 294,649
Privatkonti		619,928
Guthaben des Staates		42,669
Vorschüsse auf Wertpapiere, Gold nsw.		521,861

Bank von England.

Ausweis vom 10. Februar 1910.

		(Millionen Pfd. Sterling)
Totalreserve		27,227
Notenumlauf		27,799
Barvorrat		36,576
Portefeuille		29,455
Privatguthaben		44,764
Regierungssicherheiten		14,013

Statistik zum Geldmarkt.

Dezember 1909. Bankdiskontsätze: London $4\frac{1}{2} \text{‰}$, Paris 3 ‰ , Berlin 5 ‰ . Januar 1910. London $3\frac{1}{2} \text{‰}$, Paris 3 ‰ , Berlin $4\frac{1}{2} \text{‰}$.

	30. Nov.	8. Dez.	15. Dez.	23. Dez.	31. Dez.	7. Jan.	15. Jan.	22. Jan.	31. Jan.
Privatdiskontsätze in ‰ :									
London	$3\frac{7}{8}$	$3\frac{13}{16}$	4	$3\frac{3}{4}$	$3\frac{1}{2}$	$3\frac{5}{16}$	$3\frac{1}{16}$	$2\frac{11}{16}$	$2\frac{3}{8}$
Paris	$2\frac{3}{4}$	$2\frac{3}{4}$	$2\frac{3}{4}$	$2\frac{3}{4}$	$2\frac{3}{4}$	$2\frac{3}{4}$	$2\frac{5}{8}$	$2\frac{1}{2}$	$2\frac{5}{8}$
Berlin	$4\frac{1}{8}$	$4\frac{5}{8}$	$4\frac{5}{8}$	$4\frac{1}{4}$	$3\frac{3}{4}$	$3\frac{1}{4}$	3,0	3,0	$2\frac{7}{8}$
Preis des Silbers am Londoner Markte per unze standard	$23\frac{3}{8}$	$23\frac{9}{16}$	$23\frac{7}{8}$	$24\frac{1}{4}$	$24\frac{3}{16}$	$24\frac{3}{16}$	$24\frac{1}{8}$	$24\frac{1}{8}$	$24\frac{1}{8}$
Preis des Goldes	77,9	77,9	77,9	77,9	77,9	77,9	77,9	77,9	77,9
Kurse für achttägige Wechsel in Berlin auf:									
Amsterdam	168,50	168,55	168,45	168,50	168,60	168,80	168,70	168,70	168,60
Wien	84,80	—	$84,72\frac{1}{2}$	84,70	$84,82\frac{1}{2}$	$84,92\frac{1}{2}$	$84,92\frac{1}{2}$	$85,02\frac{1}{2}$	85,0
Paris	81,20	81,20	81,20	81,10	81,20	81,20	81,20	81,25	81,25
London	20,43	20,44	20,43	20,43	20,42	20,41	$20,42\frac{1}{2}$	$20,45\frac{1}{2}$	$20,44\frac{1}{2}$
à vista New York	$4,19\frac{1}{4}$	$4,19\frac{1}{4}$	$4,18\frac{3}{4}$	$4,18\frac{1}{2}$	$4,18\frac{3}{4}$	4,19	$4,19\frac{1}{2}$	$4,20\frac{1}{4}$	$4,20\frac{1}{4}$

Die Reichsbank.

	Dezember					Januar				
	1909	1908	1907	1906	1905	1910	1909	1908	1907	1906
Abrechnungverkehr ¹⁾ in Mill. M	4543,4	3974,7	3752,7	3716,2	3400,7	4738,7	4433,5	3966,6	3769,3	3768,0
„Inanspruchnahme“ ²⁾ in Mill. M	525,6	313,5	929,4	704,0	547,7	320,5	253,1	716,9	544,0	442,1
Bardeckung der Noten ³⁾ in ‰	46,9	52,5	41,3	40,3	49,6	71,2	78,3	64,7	64,2	73,9
Bardeckung der Noten und der sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten ⁴⁾ in ‰	35,7	39,8	30,9	30,1	36,4	51,5	55,7	49,1	47,6	54,0

¹⁾ Gesamtbetrag. ²⁾ Im Monatsdurchschnitt. ³⁾ und ⁴⁾ Für den letzten Monatsausweis.

Antworten des Herausgebers.

G. R. Anfrage: „Als ständiger Leser seit Erscheinen Ihrer gesch. Zeitschrift erlaube ich mir, Sie um eine Auskunft in folgender Angelegenheit zu bitten. In der anliegenden Bilanz einer Akt.-Ges. per 31. Dez. 1903 findet sich unter den Passiven das Aktienkapital von 2,5 Millionen eingesetzt. In der im April des Jahres 1904 stattgefundenen Generalversammlung wurde der Beschluss gefasst, das Kapital auf 1,5 Millionen herabzusetzen und eine Anleihe von 1 Million mit 4 $\frac{1}{2}$ % verzinsbar aufzunehmen, wobei sich ein Mitglied des Aufsichtsrats zur Uebernahme dieser Anleihe verpflichtete. In der gleichfalls anliegenden Bilanz per 31. Dezember 1904 tritt nun

unter den Passiven 1 $\frac{1}{2}$ Million Aktienkapital und 1 Million Anleihe auf, während in den sämtlichen anderen Positionen der Bilanz eine nennenswerte Aenderung unter den Aktiven gegen das Vorjahr nicht in Erscheinung tritt. Wo ist die bar eingezahlte Summe von 1 Million hingekommen? Ist diese Art der Bilanzierung möglich oder ist darin eine Verschleierung bezw. betrügerische Bilanzierung zu sehen? Aendert im letzteren Falle an der Strafbarkeit der Umstand etwas, dass sämtliche Aktien der Gesellschaft im Besitze einiger weniger Herren sich befinden, die alle im Vorstand bezw. Aufsichtsrat vertreten sind?“ Die in der Anlage angezogenen Bilanzen sehen folgendermassen aus:

Rechnung-Abschluss per 31. Dezember 1903.

Bestände.	<i>M</i>	Verpflichtungen.	<i>M</i>
Immobil.-K.	2317063.73	Akt.-Kap.-K.	2500000.—
Mobilien- und Utensilien-K.	30029.30	Aval-K. Kredit.	25270.—
Vorräte	77828.60	Lohn-K.	6181.97
Effekten-K.	6650.—	Assekuranz-K.	3000.—
Aval-K. Debit.	26473.—	Delkredere-K.	2437.93
Kassa-K.	1199.84	Reservefds.-K.	14566.11
Steuern u. Ab- gaben-K.	1019.10	K.-Korrent-K. Kredit.	169682.47
Assekuranz-K.	3433.75		
K.-Korrent-K. Debit.	148657.24		
Gew.- u. Ver- lust-K.	108783.92		
	2721138.48		2721138.48

Gewinn- und Verlust-Konto.

Soll.	<i>M</i>	Haben.	<i>M</i>
Vortrag	60704.42	Bruttoertrag.	509481.72
Unkosten-K.	484312.35	Vortrag: Ver- lust	108783.92
Zinsen-K.	3118.01		
Abschreibngn.	70130.86		
	618265.64		618265.64

Rechnung-Abschluss per 31. Dezember 1904.

Bestände.	<i>M</i>	Verpflichtungen.	<i>M</i>
Immobil.-K.	2355009.39	Akt.-Kap.-K.	1500000.—
Mobilien- und Utensilien-K.	48438.44	Anleihe-K.	1000000.—
Vorräte	80475.16	Aval-K. Kredit.	167650.—
Effekten-K.	42800.—	Lohn-K.	7050.39
Aval-K. Debit.	168853.—	Assekuranz-K.	3000.—
Kassa-K.	2117.98	Delkredere-K.	225.12
Steuern- u. Ab- gaben-K.	766.70	Reservefds.-K.	14566.11
Assekuranz-K.	3427.15	K.-Korrent-K. Kredit.	332667.38
K.-Korrent-K. Debit.	214487.26		
Gew.- u. Ver- lust-K.	108783.92		
	3025159.—		3025159.—

Gewinn- und Verlust-Konto.

Soll.	<i>M</i>	Haben.	<i>M</i>
Vortrag	108783.92	Bruttoertrag.	602412.84
Unkosten-K.	512760.11	Vortrag: Ver- lust	108783.92
Zinsen-K.	17838.55		
Abschreibngn.	71814.18		
	711196.76		711196.76

Antwort: 1. Wenn eine Verschleierung oder strafbare falsche Bilanzierung bei einer Aktiengesellschaft vorliegt, so ändert an der Strafbarkeit der Umstand, dass die Aktien sich nur in wenigen Händen befinden, nichts. Denn die Schutzparagraphen des Aktiengesetzes sind nicht bloss zum Schutz der Aktionäre, sondern auch zum Schutz der Gläubiger erlassen. Die Aktiengesellschaft ist die einzige rein kapitalistische Unternehmungform, und einzig und allein aus ihrer Bilanz haben die Gläubiger die Möglichkeit, die Kreditwürdigkeit des Unternehmens zu beurteilen. Deshalb muss die Bilanz wahrheitsgemäss publiziert werden. Anders liegt es allerdings mit der zivilrechtlichen Haftbarkeit. Denn wenn alle Aktien sich in den Händen der Verwaltung befinden, so wird kein Generalversammlungsbeschluss zustande kommen können, der eine Regressklage gegen die Verwaltungmitglieder beschliesst. Um eine Regressklage auch ohne Beschluss der Generalversammlung einzuleiten, ist das Verlangen einer Minderheit von Aktionären notwendig, deren Anteil den zehnten Teil des Grundkapitals erreicht. Die direkte Klage seitens der Gläubiger gegen die Verwaltung ist nur für den Fall, dass sie von der Gesellschaft keine Befriedigung erlangen, möglich, wenn der Vorstand eigene Aktien oder Interimsscheine der Gesellschaft erworben, zum Pfande genommen, eingezogen, bezw. wenn der Aufsichtsrat das

zugelassen hat. — 2. Ein genauer Vergleich der beiden Bilanzen ist nur möglich, wenn man den Kommentar des Geschäftsberichts zur Hand hat. Ich nehme einmal an, dass die Gesellschaft im Geschäftsbericht wenigstens irgendwelche Andeutungen darüber gemacht hat, wie die Sanierung durchgeführt wurde. Es fragt sich auch, auf welchem Wege die Reduktion des Aktienkapitals erfolgt ist. Handelt es sich um eine Zusammenlegung, so wäre eine Million frei geworden und zu Ermässigungen der Buchwerte auf der Aktivseite verwandt worden. Dann könnte man sich das Gleichbleiben der meisten Aktivposten nur so erklären, dass neue Anschaffungen auf den einzelnen Konten gemacht worden sind. Das will mich aber sehr wenig wahrscheinlich dünken. Es ist die Möglichkeit vorhanden, dass überhaupt gar kein oder doch nur sehr wenig bares Geld in die Gesellschaftskasse geflossen ist und die Transaktion folgendermassen vorgenommen wurde: Das betreffende Mitglied des Aufsichtsrats, das eine Million Mark Obligationen übernahm, hat dadurch eine Million Aktien und vielleicht dazu einen Barbetrag in bestimmter Höhe an die Gesellschaft herein gegeben. Um aber ersehen zu können, ob ein derartiger Vorgang erfolgte, muss man den Wortlaut des Generalversammlungsbeschlusses kennen.

Plutus-Archiv. Waren des Welthandels.

Diamanten.¹⁾

Unter

„**Fassung**“ versteht man die Befestigung des Diamanten auf einer Unterlage und die Umgebung mit einer grösseren oder geringeren Anzahl kleinerer Steine. Man unterscheidet bei der Fassung folgende Arten: 1 die

à jour Fassung, d. h. Metallfassung des Steines an einzelnen Stellen seines Randes, so dass man durch den Stein ungehindert hindurchsehen kann, 2. die

Kastenfassung, bei welcher der Stein auf seiner Unterseite meist von Metall unterlegt wird. Der Stein ist dann nicht mehr durchsichtig. Der Ausgangspunkt jedes

Schleifens des Diamanten bildet die

Oktaederform, d. h. die ideale Form, in welcher der Diamant kristallisiert. Weichen die rohen Steine von der Oktaederform stark ab, so sucht man erst durch Spaltung eine Oktaeder oder eine demselben ähnliche Grundform festzustellen, das geschieht durch das

Spalten oder

Kliven. Die abgespaltenen Stücke können zur Herstellung kleinerer Steine weitere Verwendung finden. Man kittet den zu spaltenden Stein auf und nimmt mit einem anderen Diamanten und hernach mit einem scharfen Messer bezw. Hammerschlag die Spaltung vor. Dem Schleifen selbst gehen eine Reihe vorbereitender Operationen voran, das

Schneiden, Formen, Reiben und

Grauen des Steins. Alle diese Operationen haben den Zweck, die Fazetten gewissermassen roh vorzubilden. Zum Zweck des Schleifens oder

Polierens werden dann die Steine in eine Fassung hineingesetzt, auf die

Schleifmühle gebracht und mit

Diamantpulver geschliffen. Die richtige Stellung des Steins zur Schleifscheibe, die auf der Richtung der leichten Angreifbarkeit beruht, erfordert eine grosse Geschicklichkeit seitens der Arbeiter. Der Stein muss nach seinem

„**Wuchs**“ geschliffen werden, sonst kann ihn die Schleifscheibe leicht zerstören. Die

Diamantschleiferei hatte ihren Sitz anfangs in Brügge, später in Antwerpen und dann in Amsterdam, wo heute noch der Hauptplatz ist. Es existieren daselbst 70 grössere und kleinere Fabriken mit den Einrichtungen der modernen Technik versehen. Mitte der neunziger Jahre waren in der holländischen Hauptstadt mindestens 12000 Arbeiter und 7000 Schleitmühlen in Tätigkeit. Nächst Amsterdam kommen dann die Schleifereien in Antwerpen, Gent, Paris, St. Cloud, London, Boston und in Deutschland Hanau in Betracht, vereinzelt existieren Diamantschleifereien in Berlin, Oberstein a. d. Nahe usw. — Die

Verwendung für technische Zwecke erschöpft sich einmal in seiner Verwendung zum Glasschneiden, zum Gravieren anderer Edelsteine, zum Abdrehen von harten Stahlzapfen (Kanonenröhren) zur Bearbeitung härterer Gesteine, ferner in der Feinmechanik (Zapfenlager von Uhren), und endlich in neuerer Zeit bei der Bohrarbeit (Tiefbohrungen). — Die

Wert- und Preisbestimmung des Diamanten hängt ab: 1. von der Grösse, es steigt jedoch der Wert in rascherem Tempo als das Karatgewicht; 2. Qualität, diese wird, wie früher erwähnt, durch Durchsichtigkeit, Klarheit und Reinheit, sowie Farbe bestimmt. (Fortsetzung folgt.)

¹⁾ Siehe Plutus Jahrgang 1909 Seite 787, 807, 825, 846, 863, 902, 921, 940, 961, 979, 1003, Jahrgang 1910 Seite 19, 41, 58, 77, 93, 113, 133 ff.

Chefs und Angestellte.

(Entscheidungen des Berliner Kaufmannsgerichts.)

§ 138 BGB.

Die Vereinbarung, dass die Provisionsansprüche eines Reisenden mit seinem Austritt erlöschen sollen, ist nichtig. Der Kläger war bei der Beklagten als Reisender angestellt. Er erhielt ausser einem festen Gehalt noch Provision. Der schriftlich abgeschlossene Anstellungsvertrag enthielt die Bestimmung, dass der Kläger vom Tage seines Austritts an keine Provision mehr erhalte, auch wenn er die Geschäfte selbst abgeschlossen hätte. Die Eigenart des Geschäftsbetriebs der Beklagten bringt es mit sich, dass die Lieferungen oft erst nach einem Jahr oder noch später erfolgen. Der Kläger beantragt, die Beklagte zu verurteilen, alle Geschäfte, die er vermittelt hat, als provisionspflichtig anzuerkennen und ihm vertragsmässig halbjährlich Rechnung zu legen. Das Kaufmannsgericht verurteilt: jene Provisionsabrede könne nicht aufrechterhalten werden. Ihre innere Natur sei die, dass, wenn der Chef kündige, oder wenn der Angestellte sein Recht, zu kündigen, ausübe, dieser auf Rechte verzichten müsse, die erst durch seinen

Fleiss und seine Arbeit entstanden seien. Dadurch sei dem Chef die Möglichkeit gegeben, jederzeit Angestellte anzunehmen, aus den von ihnen gebrachten Aufträgen, die normalerweise oft nach Monaten ausgeführt würden, Vorteile zu ziehen, den Angestellten aber vorher zu kündigen; die Anregung des Angestellten zum Fleiss sei dann eben nur eine Anregung geblieben, eine Verwirklichung erfolge nicht. Das sei nicht zulässig. Wenn auch der Kläger den Vertrag unterschrieben habe, so mache dies die Abrede nicht gültig, zumal da jedem Angestellten beim Engagement vorgegaukelt würde, er werde Jahr und Tag in der Stellung verbleiben. (Urteil der III. Kammer vom 14. Februar 1909) — Den Einwand der Beklagten, sie habe einen wichtigen Grund gehabt, dem Kläger zu kündigen, beachtete das Gericht nicht, hielt ihn also für unwesentlich. In der Entscheidung, die zwar im Ergebnis zu billigen, in der Begründung aber etwas unklar ist, kommt nicht zum Ausdruck, aus welchem Rechtsgrunde die Abrede ungültig sei. Offenbar erblickt das Gericht in ihr einen Verstoß gegen die guten Sitten.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des *Plutus* behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

Der Schutz der Gewerbefreiheit und der Verfassungsrechte durch das preussische Oberlandesgericht, von Dr. Leo Vossen. Preis brosch. 3 *M.* 151 S. Hannover 1909, Helwingsche Verlagsbuchhandlung.

Einleitung. — I. Der Schutz der Verfassungsrechte. Rechtsschutz der persönlichen Freiheit und der Wohnung. — Die Unverletzlichkeit des Eigentums. — Rechtsschutz der freien Meinungsäußerung. — Rechtsschutz des Vereins- und Versammlungsrechtes. — II. Der Rechtsschutz der Industrie und des Gewerbes. — Der Rechtsschutz der konzessionierten gewerblichen Anlagen. — Rechtsschutz der persönlichen Konzession. — Rechtsschutz der Theaterunternehmungen. — Rechtsschutz der Strassengewerbe. — Märkte und Börsen und die Polizei. — Schluss: Eine Bitte an den Gesetzgeber. — III Anhang: Die öffentlichen Verkehrsanstalten und die Polizei. — IV. Wort und Sachregister.

Die Novelle zur Gewerbeordnung und die Handlungsgehilfen. Schriften des D. H.-V. Band 41. Preis 50 Pfg. 64 S. Verlag der Buchhandlung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Hamburg, Holstenwall 3/5.

Ausschuss des Deutschen Handlungsgehilfentages. — Eröffnung des Handlungsgehilfentages. — Begrüßungsansprachen. — Aussprache über die sozialpolitische Standeschau 1907/1908. — Die Novelle zur Gewerbeordnung. — Aussprache.

Leitfaden für finanzielle Reformen mit besonderer Berücksichtigung einer Reichsfinanzreform. Einschlägige Betrachtungen, dargestellt nach kaufmännischen Prinzipien, von Emil Blasig. 243 S. Friedrichroda i. Th. 1909. Im Selbstverlag des Verfassers.

Einleitung zu Zeitfragen. — Einleitung zur finanziellen Reform. — Finanzielle Reform. — Nachtrag.

Geschäftsbericht und Abrechnung für das Geschäftsjahr 1907/08. Schriften des D. H.-V. Band 46. Preis —50 *M.* Verlag der Buchhandlung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Hamburg, Holstenwall 3/5.

Verhandlungsschrift über den Elften Verbandstag am 14. Juni 1909 in Stuttgart. Schriften des D. H.-V. Band 47. Preis —50 *M.* Verlag der Buchhandlung des D. H.-V., Hamburg, Holstenwall 3/5.

Adressbuch 1910 der Konsulate, Handelskammern und Exportfirmen. Preis 1 *M.* Dresden-A. 27 1909, Verlag von Hermann Kramer.

Kaiserlich Deutsche Konsulate. — Konsulate im Deutschen Reich. — Handels- und Gewerbekammern. — Bezugsquellen-Verzeichnis.

Die Frauenarbeit im Handelsgewerbe. Preis brosch. —50 *M.* Schriften des D. H.-V. Band 44. Elfter Deutscher Handlungsgehilfenstag 1909. Verlag der Buchhandlung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Hamburg, Holstenwall 3/5.

Die Welt des Kaufmanns. Herausgegeben von Johannes Buschmann. Februar 1910. Preis pro Heft 60 Pf., pro Halbjahr 3 *M.* München 1910, Verlag von Georg D. W. Callwey.

Die Kalligraphie im Dienste des Kaufmanns. Von Paul Westheim. — Giro- und Scheckverkehr in England und Deutschland. Von Hans Dittmer.

Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung. Herausgegeben von E. Schmalenbach. Februar 1910. Preis 1 *M.*, pro Quartal 6 *M.* Leipzig 1910, Verlag von G. A. Gloeckner.

Kabel-Codes. Von Robert Stern. — Die Selbstkostenberechnung einer Fabrik für Beleuchtungartikel. Von Martin Lebeis.

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

Aachener A.-G. für Arbeiterwohl, Aachen, 4. 3., 1. 3., 11. 2. ● A.-G. Bad „Salzschlirf“, Cassel, 2. 3., 28. 2., 29. 1. ● A.-G. f. Bleicherei, Färberei und Appretur, Augsburg, 10. 3., 6. 3., 2. 2. ● A.-G. Demminer Kleinbahnen, Demmin, 5. 3., 1. 3., 31. 1. ● A.-G. Drahtseilbahn Durlach-Tumberg, Durlach, 24. 2., 20. 2., 7. 2. ● A.G. f. gemeinnützige Unternehmungen zum Zwecke der Erziehung und Krankenpflege, Düsseldorf, 22. 2., 18. 2., 7. 2. ● A.-G. Holm, Danzig, 4. 3., 1. 3., 2. 2. ● A.-G. „Modersmaalet“, Hadersleben, 5. 3., 1. 3., 11. 2. ● A.-G. Normannenkneipe, Berlin, 28. 2., 24. 2., 11. 2. ● A.-G. „Reederei Juist“ Norden, 7. 3., 3. 3., 11. 2. ● A.G. Spar- und Vorschuss-Verein Brand (Sa.), 3. 3., 28. 2., 10. 2. ● A.-G. Vandalenhaus, Heidelberg, 8. 3., 4. 3., 9. 2. ● Alfelder Aktien-Bank A.-G., Alfeld a. d. L., 26. 2., 22. 2., 5. 2. ● Allgäuer Baumwollspinnerei und -Weberei Blaichach, München, 2. 3., 27. 2., 5. 2. ● Allgemeine Spiegelglas-Vers.-Ges., Berlin, 7. 3., 3. 3., 9. 2. ● Altonaer Quai- und Lagerhaus-Ges., Altona, 7. 3., 3. 3., 11. 2. ● Ascherslebener Maschinenbau-A.-G., Berlin, 8. 3., 4. 3., 11. 2. ● Atlas, Deutsche Lebensvers.-Ges., Ludwigshafen a. Rh., 7. 3., 3. 3., 11. 2.

Badische Baumwoll-Spinnerei und -Weberei A.-G. Neurod, Karlsruhe, 10. 3., 6. 3., 11. 2. ● Bahnhofsbrücken-Ges. A.-G., Weissenfels, 3. 3., 27. 2., 9. 2. ● Baltische Landbank A.-G., Rostock, 5. 3., 1. 3., 11. 2. ● Bank von Elsass und Lothringen, Strassburg, 5. 3., 1. 3., 10. 2. ● Bank f. Naphtha-Industrie A.-G., Berlin, 7. 3., 3. 3., 11. 2. ● Bankverein Artern Sprängerts, Büchner & Co., Artern, 9. 3., 5. 3., 11. 2. ● Banque de Mulhouse,

Mülhausen i. E., 4. 3., 28. 2., 11. 2. ● Barmer Creditbank, Barmen, 2. 3., 28. 2., 3. 3. ● Baumwollspinnerei Germania, Epe i. Westf., 2. 3., 27. 2., 10. 2. ● Baumwollspinnerei Zwickau, 9. 3., 5. 3., 10. 2. ● Bau- und Spar-Verein A.-G., Frankfurt a. M., 3. 3., 28. 2., 5. 2. ● Bayerische Notenbank, München, 28. 2., 24. 2., 10. 2. ● Bayer. Wollfilz-Fabrik (A.-G.) Wasserburg-Günzburg a. D., Augsburg, 28. 2., 24. 2., 7. 2. ● Bergmännische Bank, Freiberg, 21. 2., 17. 2., 5. 2. ● Berliner Hypothekbank A.-G., Berlin, 9. 3., 5. 3., 9. 2. ● Berlin-Rüdersdorfer Hutfabriken A.-G., Berlin, 5. 3., 1. 3., 7. 2. ● Blankenburger Bank A.-G., Blankenburg a. H., 2. 3., 28. 2., 8. 2. ● Brauerei Bahrenfeld, Hamburg, 28. 2., 24. 2., 9. 2. ● Bremer Bank-Verein, Bremerhaven, 24. 2., 20. 2., 10. 2. ● Bremer Cigarrenfabriken vorm. Biermann & Schörling, Bremen, 8. 3., 4. 3., 11. 2. ● Bremer Woll-Wäscherei, Bremen, 4. 3., 1. 3., 5. 2. ● Bromberger Schlepsschiffahrt A.-G., Bromberg, 4. 3., 1. 3., 8. 2. ● A. Busse & Co. A.-G., Berlin-Leipzig, 26. 2., 22. 2., 7. 2.

Central-Verkaufs-Comptoir von Hintermauerungssteinen, Berlin, 9. 3., 5. 3., 11. 2. ● Chemnitzer Dünger-Abfuhr-Ges., Chemnitz, 3. 3., 28. 2., 8. 2. ● Chromo-Papier- und Karton-Fabrik A.-G., Leipzig, 25. 2., 21. 2., 8. 2. ● Cölledaer Bank v. Wicht, Voigt, Töpfer & Co., Cölleda, 27. 2., 23. 2., 8. 2. ● Commerz- und Lokalbänk in Lübeck, 4. 3., 28. 2., 7. 2.

Dampfer-A.-G. „Wischwill“, Tilsit, 22. 2., 18. 2., 5. 2. ● Dampfziegelei Esbach A.-G., Coburg, 3. 3., 28. 2., 5. 2. ● David Söhne A.-G., Halle a. S., 5. 3., 2. 3., 10. 2. ● Den Nordslesvigske Folkebank, Apenrade, 5. 3., 2. 3.,

7. 2. ● Deutsche Gesellschaft für Bergbau und Industrie im Auslande, Berlin, 25. 2., 21. 2., 10. 2. ● Deutsche Immobilien-A.-G., Aachen, 1. 3., 27. 2., 2. 2. ● Deutsche Spiegelglas-A.-G., Hannover, 25. 2., 21. 2., 7. 2. ● Deutsche Vereinsbank, Frankfurt a. M., 9. 3., 5. 3., 10. 2. ● Deutsch-Üeberseeische Electricitäts-Ges., Berlin, 2. 3., 28. 2., 7. 2. ● Dittersdorfer Filz- und Kratzentuchfabrik, Dittersdorf, 7. 3., 3. 3., 8. 2. ● Döbelner Strassenbahn, 1. 3., 27. 2., 2. 2. ● Düsseldorf Thon- und Ziegelwerke A.-G., Düsseldorf, 4. 3., 28. 2., 4. 2.

Eisenacher Terrain- und Baugesellschaft, Eisenach, 26. 2., 22. 2., 7. 2. ● „Elbe“, Dampfschiffahrts-A.-G. Hamburg, Magdeburg, 21. 2., 17. 2., 5. 2. ● Elberfelder Bankverein, Elberfeld, 7. 3., 3. 3., 11. 2. ● Friedrich Elsas jr. A.-G., Barmen, 5. 3., 1. 3., 4. 2. ● Elsässische Tabakmanufaktur, Strassburg i. E., 28. 2., 24. 2., 7. 2. ● Erste Deutsche Fein-Jute-Garn-Spinnerei A.-G., Berlin, 7. 3., 3. 3., 7. 2. ● Eschweiler Bergwerks-Verein, Köln, 10. 3., 6. 3., 7. 2. ● Eschweiler-Köln Eisenwerke A.-G., Köln, 10. 3., 4. 3., 10. 2.

Faber & Schleicher A.-G., Offenbach, 3. 3., 28. 2., 5. 2. ● Fahrenkruger Brotfabrik A.-G., Fahrenkrug, 25. 2., 21. 2., 8. 2. ● Fortuna, Allgem. Vers.-A.-G., Berlin, 2. 3., 27. 2., 11. 2. ● Frankfurter Hypotheken-Kredit-Verein, Frankfurt a. M., 7. 3., 3. 3., 4. 2. ● Frankfurter Lebens-Versicherungs-Ges., Frankfurt a. M., 28. 2., 24. 2., 10. 2. ● Freiberger Dünger-Abfuhr-Ges. A.-G., Freiberg, 2. 3., 28. 2., 11. 2. ● Fruchtdampfer A.-G., Lübeck, 8. 3., 4. 3., 2. 2.

Geltinger Creditbank A.-G., Gelting, 5. 3., 1. 3., 10. 2. ● Gera-Greizer Kammgarnspinnerei in Zwätzen bei Gera, 22. 2., 18. 2., 5. 2. ● Gerb- und Farbstoffwerke H. Rennert & Co. A.-G., Hamburg, 4. 3., 1. 3., 11. 2. ● Germania, Lebens-Versicherungs-A.-G., Stettin, 4. 3., 28. 2., 5. 2. ● Geestemünder Bank, Geestemünde, 25. 2., 21. 2., 7. 2. ● Geestemünder Creditbank, Geestemünde, 3. 3., 28. 2., 9. 2. ● Gleba Bank Rolniczy, Posen, 1. 3., 27. 2., 9. 2. ● Greifswalder Sol- und Moorbad-A.-G., Greifswald, 26. 2., 22. 2., 9. 3. ● Grundstücks-Ges., Leipzig, 26. 2., 22. 2., 5. 2. ● Gusswerke A.-G., Frankenthal i. Pfalz, 22. 2., 18. 2., 5. 2.

Haderlebener Bank, Haderleben, 3. 3., 28. 2., 11. 2. ● Hammer Eisenwerke A.-G., Hamm, 9. 3., 5. 3., 8. 2. ● F. H. Hammersen A.-G., Osnabrück, 24. 2., 20. 2., 7. 2. ● Hannoversche Bodencredit-Bank, Hildesheim, 10. 3., 6. 3., 10. 2. ● Harzburger A.-G., Braunschweig, 2. 3., 26. 2., 10. 2. ● Heldrungen Bank von Strutz, Scharffe, Dittmar & Co., Heldrungen, 27. 2., 23. 2., 8. 2. ● W. Hirsch, A.-G. f. Tafelglasfabrikation, Radeberg, 11. 3., 7. 3., 1. 2. ● Holzstoff- und Papierfabrik zu Schlemma, Niederschlemma, 5. 3., 1. 3., 10. 2.

Kalk- und Mörtelwerke A.-G., Königsberg i. Pr., 8. 3., 4. 3., 2. 2. ● Kammgarnspinnerei Bietigheim, Stuttgart, 5. 3., 1. 3., 11. 2. ● Kolberger Kleinbahnen, Kolberg, 8. 3., 4. 3., 9. 2. ● Kölnische Hagel-Vers.-Ges., Köln, 26. 2., 22. 2., 7. 2. ● Königsberger Dampferverein A.-G., Königsberg i. Pr., 8. 3., 4. 3., 10. 2.

Lafferder Aktien-Zuckerfabrik, 28. 2., 24. 2., 11. 2. ● Landwirtschaftl. Kredit-Anstalt A.-G., Regensburg, 9. 3., 5. 3., 5. 2. ● Landw. Spar- und Vorschussbank A.-G., Langenau, 27. 2., 23. 2., 9. 2. ● H. W. Lange & Co. A.-G., Altona, 26. 2., 22. 2., 5. 2. ● Laubaner Thonwerke, Breslau, 7. 3., 3. 3., 10. 2. ● Leipziger Baubank, Leipzig, 2. 3., 26. 2., 10. 2. ● Leipziger Credit-Bank, Leipzig, 6. 3., 2. 3., 7. 2. ● Leipziger Hypothekenbank, Leipzig, 4. 3., 28. 2., 4. 2. ● Leipziger Werkzeug-Maschinenfabrik vorm. W. von Pittler A.-G., Leipzig, 5. 3., 2. 3., 7. 2. ● Leipziger Wollkammerei, Leipzig, 2. 3., 28. 2., 9. 2. ● Lugauer Kammgarn-Spinnerei, Berlin, 5. 3., 1. 3., 4. 2.

Mayer & Cie., Kommandit, a. A., Metz, 7. 3., 3. 3., 10. 2. ● Mech. Baumwoll-Spinnerei und -Weberei, Bamberg, 7. 3., 3. 3., 7. 2. ● Mech. Baumwollen-Spinnerei und -Weberei, Bayreuth, 26. 2., 22. 2., 5. 2. ● Mechanische Seilerwarenfabrik Füssen, Füssen, 10. 3., 7. 3., 5. 2. ● Mecklenburgische Friedrich-Wilhelm-Eisenbahn-

Ges., Neustrelitz, 10. 3., 6. 3., 7. 2. ● Mecklenburgische Sparbank Schwerin, Schwerin, 9. 3., 5. 3., 8. 2. ● Mindener Strassenbahn-Ges., Minden, 25. 2., 21. 2., 5. 2. ● Neusser Lagerhaus-Ges., Neuss a. Rh., 2. 3., 28. 2., 5. 2. ● Norddeutsches Brauhaus A.-G., Berlin, 28. 2., 24. 2., 8. 2.

Oppelner Portland-Cement-Fabriken, Oppeln, 7. 3., 3. 3., 1. 2. ● Oberschlesische Portland-Cement- und Kalkwerke A.-G. Gross-Strehlitz, Breslau, 5. 3., 1. 3., 10. 2. ● Oberschlesisches Tageblatt A.-G., Kattowitz, 26. 2., 22. 2., 7. 2.

Portland-Zement-Fabrik vorm. A. Giesel, Oppeln, 28. 2., 24. 2., 5. 2. ● Portland-Cement-Fabrik Saxonia A.-G., Berlin, 5. 3., 1. 3., 11. 2. ● Potsdamer Creditbank, Potsdam, 28. 2., 24. 2., 5. 2. ● „Prudentia“, Vers.-A.-G., Berlin, 7. 3., 3. 3., 8. 2.

Rasteder Bankverein Rastede, 26. 2., 22. 2., 8. 2. ● Reitbahn-A.-G., Elberfeld, 25. 2., 21. 2., 8. 2. ● Rheinische Spiegelglasfabrik Eckamp b Ratingen, Aachen, 5. 3., 1. 3., 5. 2. ● Rheinische Volksbank A.-G., Köln, 4. 3., 1. 3., 31. 1. ● J. F. Riemann, Mech. Webereien, A.-G., Nordhausen, 24. 2., 20. 2., 7. 2. ● Rostocker Bank, Rostock, 5. 3., 2. 3., 11. 2. ● Rostocker Gewerbebank, Rostock, 3. 3., 27. 2., 11. 2.

Sächsische Leinen-Industrie-Ges., Freiberg i. Sa., 2. 3., 28. 2., 8. 2. ● Schlesische A.-G. f. Portland-Cement-Fabrikation Groschwitz, Oppeln, 3. 3., 28. 2., 7. 2. ● Schlesische Boden-Credit-Akt.-Bk., Breslau, 5. 3., 1. 3., 4. 2. ● John Schwerins Verlag A.-G., Berlin, 2. 3., 28. 2., 8. 2. ● Siegersdorfer Werke vorm. Friedr. Hoffmann A.-G., Berlin, 4. 3., 28. 2., 7. 2. ● C. F. Solbrig Söhne A.-G., Chemnitz, 1. 3., 27. 2., 5. 2. ● Spar- und Vorschuss-Verein Aldingen A.-G., Aldingen, O.-A. Spaichingen, 27. 2., 23. 2., 7. 2. ● Spar- und Vorschuss-Verein zu Dahlen, 16. 2., 12. 2., 10. 2. ● Stadt-Theater in Harburg A.-G., Harburg, 27. 2., 23. 2., 11. 2. ● Steinkohlen-A.-G. Bockwa-Hohndorf-Vereinigt. Feld bei Lichtenstein, Zwickau, 28. 2., 24. 2., 8. 2. ● Gebr. Stoevesandt, Kommanditges. a. A. Bremen, 2. 3., 27. 2., 5. 2.

Tattersall am Kurfürstendamm A.-G., Berlin, 5. 3., 1. 3., 9. 2. ● Terrain-A.-G. Tiepolt-Hardershof, Königsberg i. Pr., 12. 3., 8. 3., 1. 2. ● Terrain-Ges. Alsterblick, Hamburg, 15. 2., 10. 2., 5. 2. ● Terrain-Ges. Gr. Lichtenfelde, Berlin, 3. 3., 28. 2., 5. 2. ● Terrain-Ges. Neubabelsberg, Berlin, 1. 3., 28. 2., 3. 2. ● Terraingesellschaft Münchener-Friedenheim A.-G., München, 5. 3., 1. 3., 5. 2. ● Theater- und Saalbau-A.-G., Berlin, 2. 3., 28. 2., 8. 2. ● Thonziegelwerk „Densa“ zu Holzhausen A.-G., Leipzig, 1. 3., 27. 2., 8. 2. ● Thüringische Schieferbergbau-Ges. Reichenbach, Saalfeld a. S., 5. 3., 1. 3., 11. 2. ● Tiergarten-Reitbahn-A.-G., Berlin, 11. 3., 7. 3., 7. 2. ● Tondern Landmandsbank A.-G., Tondern, 5. 3., 1. 3., 31. 1. ● Troponwerke A.-G. Mülheim-Rhein, Köln, 5. 3., 1. 3., 7. 2. ● Tüllfabrik Mehltheuer A.-G., Plauen, 4. 3., 1. 3., 31. 1.

Vaterländische Hagel-Versicherungs-Ges., Elberfeld, 4. 3., 28. 2., 8. 2. ● Verein deutscher Oelfabriken, Mannheim, 5. 3., 1. 3., 8. 2. ● Vereinigte Filzfabriken A.-G. Giengen, Stuttgart, 28. 2., 24. 2., 7. 2. ● Vereinsbank Frankfurt a. O. A.-G., Frankfurt a. O., 2. 3., 28. 2., 11. 2. ● Vereinsbank Naunhof, 28. 2., 24. 2., 11. 2. ● Vereinsbank in Nürnberg, 3. 3., 28. 2., 29. 1. ● Vereinsbrauerei A.-G., Beuthen O.-S., 2. 3., 28. 2., 1. 2. ● Versicherungsgesellschaft Thuringia, Erfurt, 28. 2., 24. 2., 5. 2. ● „Vita“, Vers.-A.-G., Mannheim, 2. 3., 27. 2., 11. 2. ● Vorschussbank zu Freiberg, 25. 2., 21. 2., 7. 2.

Wagenladungs- und Zolldeklarations-Comptoir, Hamburg, 26. 2., 22. 2., 9. 2. ● Westdeutsche Bodencredit-anstalt, Köln, 3. 3., 28. 2., 2. 2. ● Westfälische Kredit-anstalt, Schwerte, 4. 3., 28. 2., 8. 2. ● F. C. Wetzler A.-G., Apolda, 2. 3., 28. 2., 5. 2.

Zuckerfabrik Kosten, 1. 3., 27. 2., 9. 2. ● Zuckerfabrik zu Prosigk, 23. 2., 19. 2., 7. 2. ● Zwickauer Kammgarnspinnerei, Zwickau, 9. 3., 5. 3., 10. 2. ● Zwirner- und Nähfadenfabrik Göggingen, Augsburg, 3. 3., 28. 2., 7. 2.

Aus der Geschäftswelt.

Die Mitteilungen in den folgenden Rubriken sind Darlegungen der Interessenten und erscheinen ohne Verantwortlichkeit der Redaktion und des Herausgebers.

Essener Credit-Anstalt in Essen-Ruhr.

Zweigniederlassungen in: Alteneessen, Bocholt, Bochum, Dorsten i. W., Dortmund, Duisburg, D.-Ruhrort, Gelsenkirchen, Hamborn, Herne, Homberg a. Rh., Iserlohn, Lünen a. d. Lippe, Mülheim-Ruhr, Münster i. W., Oberhausen (Rhld.), Recklinghausen, Schalke, Wanne, Weselu. Witten.
Aktien-Kapital und Reserven Mark 80 000 000.
Telegramm-Adresse: Creditanstalt. [3006
Fernsprech-Anschluss: Essen Nr. 12, 194, 195, 431, 535, 607, 611, 612, 742 und 844.
Im freien Verkehr ermittelte Kurse
vom 15. Febr. 1910, abgeschlossen 6 Uhr abends.

	Ge-sucht	Ange-boten
Kohlen.		
Alte Haase	1625	1725
Blankenburg	2850	2950
Brassert	11700	12000
Carolus Magnus	7050	7150
Constantin der Gr.	41100	42500
Deutschland b. Hassl.	5350	5475
Dorstfeld	—	14900
Eintracht Tiefbau	—	7800
Ewald	—	56000
Fr. Vogel & Unverh.	2850	3000
Friedrich der Grosse	—	26500
Gottesseggen	3950	4050
Graf Bismarck	77500	79000
Graf Schwerin	—	12000
Heinrich	—	5400
Helene & Amalie	18200	19300
Hermann I/III	4750	4825
Johann Deimelsberg	8875	8950
Kaiser Friedrich	3225	3300
König Ludwig	32700	33200
Königin Elisabeth	—	23400
Langenbrahm	26300	26600
Lothringen	29500	31000
Mont Cenis	23200	23650
Neuessen Act.	—	4800/0
Oespel	3600	3675
Schürb. & Charlottbg.	1950	1990
Tremonia	3775	3875
Trier	5800	5900
Unser Fritz	28800	29700
Westfalen Anteile	8700	8900
Braunkohlen.		
Bellerhammer Brk.	—	3250
Clarenbg. Akt. Braunk.	—	—
Elzer Gruben	—	—
Humboldt	1385	1425
Lucherberg	—	3300
Regiser	2325	2400
Schallmauer, Braunk.	4150	4200
Kali.		
Adler Vorz.-Act.	1090/0	1110/0
Adler Stamm-Act.	700/0	711 1/2
Alexandershall	10600	10900
Bielenrode	—	6800
Bismarckshall Vorz.-Act.	1090/0	1110/0
Bismarckshall Stamm-Act.	—	—
Burbach	14450	15000
Carlsfund	—	7600
Desdemona	8650	9000
Deutsche Kaliwerke Act.	1400/0	1420/0
Deutschland, Justenbg.	4750	4850
Einigkeit, Fallersl.	—	8300
Friedrichshall Act.	—	—
Glückauf, Sondershausen	—	18600
Grossherz. v. Sachsen	7500	7800
Günthershall	5000	5150
Hansa Silberberg	—	4275
Hattorf, Vorzugs-Aktien	115 1/2	117 1/2
Heiligenroda	5500	5600
Heldburg Act.	840/0	860/0

	Ge-sucht	Ange-boten
Heldrungen I	2675	2750
Heldrungen II	2675	2750
Hermann II	3750	3825
Hohenfels	8400	8600
Hohenzollern	—	5450
Immenrode	5750	5850
Johannashall	4500	4600
Justus Act.	1160/0	1190/0
Kaiseroda	—	9500
Krügershall vollb.	1220/0	1240/0
Ludwigsh. vollb. Act.	1090/0	1110/0
Neu-Bleicherode	—	—
Neustassfurt	13300	14300
Nordhäuser Kali	1210/0	1230/0
Ronnenberg Act.	1250/0	1300/0
Rossleben	9800	10100
Rothenberg	2875	2950
Sachsen-Weimar	—	5800
Siegfried I	—	5800
Sigmundshall Act.	1750/0	1800/0
Teutonia	1230/0	1270/0
Volkenroda	5200	5450
Walbeck	—	6500
Wilhelmshall	—	13200
Wintershall	14800	15300
Erz.		
Apfelbaumer Zug	350	375
Bautenberg	2575	2650
Concordia	1560	1600
Fernie	3250	3350
Henriette	2575	2650
Kuhlenberger Zug	—	—
Louise Brauneisenst.	1900	1950
Neue Hoffnung	275	285
Victoria bei Lütfeld	—	—
Wildberg	—	—
Div. Kuxe und Aktien.		
Ver. Flanschenfabr. und Stanzwerke	1090/0	1120/0
Rhein. Bergbau	1170/0	1190/0
R.-W. Electr.-W. Act.	1720/0	1740/0
Düsseldorfer Eisen- und Drahtind. Act.	—	—
Union Zement Act.	1180/0	1200/0
Waggonfr. Uerd. V.-A.	—	142 1/2
Westdeutsch. Eisenw.	1950/0	2000/0

Goldfields Ordy	6	6 1/16
Johannesb. Cons. Inv.	113 1/16	12 1/32
Kleinfontein New	211 1/16	213 1/16
Knights Central	116 1/16	118 1/16
Langlaage Estates	216 1/16	—
Moderfontein	129 1/16	129 1/4
Randfontein	26 1/32	25 1/32
Rand Mines	95 1/16	913 1/32
Rose Deep	415 1/16	415 1/16
Rhodesian Bankets	21 1/4	29 1/16
Robinson Deep	313 1/16	313 1/16
South West Africa	57 1/8	58 0
Tanganyikas	67 1/8	61 1/16
Witwatersrand Deep	5 1/4	5 1/8

Diamant, Kupfer u. andere

Anaconda	10 1/2	10
Associated Gold of W. Aust.	15 1/6	14 0
Boston Copper	41 1/16	313 1/16
Broken Hill Prop.	43 0	41 1/6
De Beers Defd.	1815 1/16	1818 1/16
Esperanza	3	3
Golden Horseshoe	7 1/8	7 1/8
Great Fingal Consolidated	16 0	16 0
Kalgurli	67 1/8	67 1/8
Mount Lyell Mining	37 0	36 1/6
Mount Lyell Consols 7/6 shares 7/0 paid	4 1/6	4 1/6
Oroya Brownhill	27 1/32	16 1/6
Rio Tinto	77 1/2	76 1/4
Sons of Gwalia	123 1/32	17 1/8
Spassky Copper	29 1/8	219 1/32

Fremde Werte

Engl. Consols 2 1/2%	82 1/16	81 7/8
Brazilian 4%	89 1/4	90
Colombian 1896	45	44 1/2
Japanese 4 1/2% 1905	92 1/2	94 1/4
Mexican 6%	102 3/4	103
Peru Ordy	10	10 1/4
Peru Pref.	36	36 1/4
Province of Buenos Aires 5%	68 1/2	68 1/8
Venezuela	55 1/4	55 1/2

Abgesehen von Amerikanern war die Allgemeintendenz eine stetige; erstere waren auf erneute Zwangsliquidationen aus New York sehr schwach. Minenwerte konnten sich gut behaupten. Einheimische und fremde Werte vernachlässigt.

Londoner Börsenkurse

(mitgeteilt von ⁹⁰⁰²)

M. Marx & Co.,

Gresham House Old Broad Street, London E.C.3

Filiale Berlin, Unter den Linden 65.

Amerikaner		
Atchison	31.1.	7.2.
Baltimore and Ohio	120	116
Canadian Pacific	116 1/2	114 7/8
Erie Common	185 1/8	183 7/8
Missouri Kans. and Texas	30 1/2	27 1/8
Southern Railway	44	41 1/2
Southern Pacific	30 1/4	28 1/4
Union Pacific	132 1/2	126 1/4
U. S. Steel Common	19 21/2	18 7/2
Grand Trunk Ordy	86 1/3	80 1/4
21 1/8	20 7/8	
Minen		
Südafrikaner und Rhod.		
Anglo French Expl.	25 1/32	21 1/16
Cinderella Deep	215 1/32	215 1/16
Chartered	19 1/16	12 1/32
Crown Mines	87 1/16	80 1/8
East Rand Prop.	5 1/16	5 19 1/32
Geduld	225 1/32	27 1/8
General Mining und Fin.	25 1/16	29 1/32
Goerz & Co.	2 1/16	2 1/32

Das galante Preussen gegen das Ende des XVIII. Jahrhunderts.

Samm- lung kulturgeschichtlich wertvoller Teile aus selten gewordenen Pamphleten und Satiren. Ausgewählt, sowie mit Anmerkungen, Einleitung und Bibliographie versehen von Artur Schurig. Mit 6 Porträts usw. Preis geb. 20 M. Es ist in der Hauptsache die Regierungszeit (1786—1797) des im Grunde liebenswürdigen und gutmütigen, aber eben an allen Vorzügen und Schattenseiten dieses seines Charakters leidenden Königs Friedrich Wilhelm II. von Preussen, die bei dieser Publikation in Frage kommt. Die Zahl der gegen ihn und die Missstände seiner Herrschaft gerichteten Schriften ist beträchtlich; aus leicht begreiflichen Gründen sind sie meist nicht in Preussen, sondern auswärts oder wenigstens unter falschen Druckortsbezeichnungen erschienen, und fast immer anonym oder pseudonym. Es seien hier nur die Schmähschriften gegen die langjährige Geliebte und Vertraute des Königs, Gräfin von Lichtenau erwähnt, ferner die pikanten Pseudobiographien der Madame Schuwitz, schliesslich die Pamphlete gegen die Gräfinen v. Dönhoff, Ingenheim u. a. m. Wieder andere Satiren nehmen die verdorbenen Zustände der bürgerlichen Kreise aufs Korn, das skandalöse Treiben in den öffentlichen Häusern, oder die Polizei. Die Zuchtlosigkeit am Hofe ward, wie man sieht, allenthalben mit Erfolg nachgeeffert.

Deutsche Hypothekenbank (Actien-Gesellschaft) Berlin.

Bilanz pro ultimo Dezember 1909.

Aktiva.		M.	Pf
Kassen-Bestand		576 701	36
Wechsel-Bestand (davon M. 1 084 200,— Privat-Diskonten) abzüglich 5% Diskont		1 420 671	53
Best. an 4% Preuss., Deutschen Reichs-Schatzanweisungen u. 3% Rheinprov.-Obligationen		2 248 760	—
Guthaben bei Bankhäusern		2 550 000	—
Coupons-Bestand		165 204	18
Gekündigte Effekten		4 674	47
Hypothekarische Anlagen abz. Amortisation		239 898 555	86
Dav. als Pfandbr.-Unterl. best. M. 235 964 930,86			
v. welch. als Pfandbr.-Deckung „ 404 678,10			
nicht in Ansatz kommen.			
Kommundarlehnen abzüglich Amortisation		17 705 429	15
Konto-Korrent-Debitoren		400 813	43
Lombardierte Hypotheken		953 000	—
Fällige Hypotheken- und Kommundarlehnen-Zinsen (inkl. rückständige M. 16 103,25)		2 410 117	02
Effekten des Beamten-Pensions-Fonds		298 767	50
Bankgebäude Dorotheenstr. 54		430 607	95
Inventar		10	—
		269 063 312	45
Passiva.		M.	Pf
Aktien-Kapital		15 000 000	—
Gesetzlicher Reserve-Fonds		3 000 000	—
Spezial-Reserven (erhöhen sich durch die dies-jährige Ueberweisung auf M. 500 000,—)		400 000	—
Pfandbrief- und Kommunal-Oblig.-Agio-Vortrag		1 535 907	09
Provisions-Vortrag		650 000	—
Zinsen-Reserven		1 316 369	74
Hypotheken-Pfandbriefe im Umlauf:			
3 1/2 % M. 14 327 600,—			
3 3/4 % „ 11 418 100,—			
4 % „ 180 802 100,—			
4 1/2 % „ 19 490 900,—			
5 % „ 710 600,—		226 749 300	—
Kommunal-Obligationen im Umlauf:			
3 1/2 % M. 5 033 400,—			
3 3/4 % „ 1 540 800,—			
4 % „ 9 883 500,—		16 457 700	—
Verloste 5% Hypotheken-Pfandbriefe		31 200	—
Konto-Korrent-Kreditoren		925 605	40
Noch einzulösende fällige Pfandbr. u. Kommunal-Obligationen-Coupons		905 596	84
Noch nicht abgehobene Dividendenscheine		846	—
Beamten-Pensions-Fonds		437 125	30
Beamten-Unterstützungs-Fonds		20 192	—
Gewinn- und Verlust-Konto		1 633 470	08
		269 063 312	45

Neue Boden - Aktiengesellschaft.

Hierdurch beehren wir uns, die Aktionäre unserer Gesellschaft zur Teilnahme an der auf

Donnerstag, den 10. März a. cr., vormittags 11 Uhr in Berlin im Geschäftslokal des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins, Berlin W., Französischestr. 53/54, stattfindenden **ordentlichen Generalversammlung** ergebenst einzuladen. Zur Teilnahme an der Generalversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, welche **spätestens zwei Werktage vor der anberaumten Generalversammlung (den Hinterlegungs- und Versammlungstag nicht mitgerechnet)** bei:

- der **Bank für Handel und Industrie, Berlin W.**, Schinkelplatz 1/4,
- der **Nationalbank für Deutschland, Berlin W.**, Behrenstr. 68/69,
- dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein, Berlin W.**, Französischestr. 53/54,
- Herrn Abraham Schlesinger, Berlin W.**, Oberwallstr. 20,
- der **Filiale der Bank für Handel und Industrie, Frankfurt a./M.**,
- oder bei der **Gesellschaftskasse in Berlin**

ihre Aktien nebst Nummernverzeichnis oder die darüber lautenden Hinterlegungsscheine der Reichsbank, der Bank des Berliner Kassenvereins oder eines deutschen Notars hinterlegen. Die hinterlegten Aktien sind gemäss § 25 des Statuts bei der Hinterlegungsstelle bis zum Schlusse der Generalversammlung zu belassen. Vollmachten sind gemäss § 26 des Statuts **spätestens am letzten Werktage vor der Generalversammlung** in den Geschäftsstunden bei der **Gesellschaft** einzureichen.

Tagsordnung.

1. Berichterstattung des Vorstandes über den Vermögensstand und die Verhältnisse der Gesellschaft, sowie über die Erträge des verflossenen Geschäftsjahrs nebst Bericht des Aufsichtsrats über die stattgehabte Prüfung des Geschäftsberichts und der Jahresrechnung.
2. Genehmigung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1909 und Beschlussfassung über die Gewinnverteilung.
3. Erteilung der Entlastung an die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrats.
4. Aufsichtsratswahl. (3067)

Berlin, den 8. Februar 1910.

Neue Boden - Aktiengesellschaft.

Der Aufsichtsrat

Samuel, Regierungsrat a. D.

Kronenberg & Co.

Bankgeschäft

Berlin NW. 7, Charlottenstr. 42.

Telephon Amt I, No. 1408, 9925, 2940.

Telegramm-Adresse:

Kronenbank-Berlin bezw. Berlin-Börse.

Besorgung aller bankgeschäftlichen Transaktionen.

Spezialabteilung für den An- und Verkauf von Kuxen, Bohrantellen und Obligationen der Kall-, Kohlen-, Erz- und Oel-industrie, sowie Aktien ohne Börsennotiz.

An- und Verkauf von Effekten per Kasse, auf Zeit und Prämie. [3011

Für jedes Archiv

unentbehrlich ist:

Carl Snyder

American Railways as Investments.

Preis 16 Mark.

Zu beziehen von der Sortiments-Abteilung des

Plutus-Verlag

Berlin W. 62, Kleiststr. 21.